

# Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: S. Cete, Verleger: A. Bringmann,  
beide in Hamburg.  
Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg 22, Festerstr. 28, I.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30  $\text{A}$ ,  
für Versammlungsanzeigen 10  $\text{A}$  pro Zeile.

## Lohnbewegung.

Gestreckt wird in Gadebusch und Althe. Ausgesperrt sind die Zimmerer in Neustrelitz. Platzperren sind verhängt in Ummühle bei Reinbek über das Geschäft von Hackmack, in Oberfeld über die Geschäfte von Schall, Bracht, Schweizer, Neveling und Frese, in Lübeck über die Bahnhofsbauten der Firma Helfmann, in Magdeburg über den Bau der Unternehmer Drub & Engelmann, Helmstedterstraße, und in Mendorf an der Ostsee über das Geschäft von P. Harbt.

Infolge Maurerstreiks herrscht Arbeitslosigkeit in Emden. Laut telegraphischer Meldung sind die Zimmerer in Budapest (Ungarn) in den Streik getreten.

## Bilanz des Wahljahres.

Th. Berlin, 1. Dezember 1903.

Zu Ende geht das Wahljahr; es hat überreichliche Arbeit gebracht. Auf eine vom 14. Oktober bis 30. April ausgedehnte Reichstagsession, der längsten und infolge der Vergewaltigungen und Rechtsbrüche bei den Debatten über die Wucherzölle bedeutungsvollsten, die es seit Bestehen des Reichstags gegeben hat, folgte eine zwar kurze, aber intensive Agitation zu den Reichstagswahlen. In fast der Hälfte sämtlicher Wahlkreise entschieden erst die Stichwahlen über den Besitz der Mandate. Die Sozialdemokratie errang bei den Hauptwahlen einen Stimmenerfolg, der die Gegner erschrecken machte, und auch der Mandatserfolg wäre ein noch viel größerer gewesen, wenn nicht die Freisinnigen fast ohne Ausnahme bei den Stichwahlen die Reaktionskräfte unterstützt hätten, so daß den Arbeitern ein Viertelhundert Mandate verloren gingen, die bei verständigerem Verhalten der Eugen Richterschen „Unentwegten“ der Rechten und dem Zentrum hätten abgejagt werden können.

Kaum hatten sich die Arbeiter ein wenig ausgeruht von den Strapazen der Reichstagswahl, da erforderten die Landtagswahlen in Preußen und mehreren Bundesstaaten neuen Kraftaufwand, und nicht geringeren, namentlich dort, wo, wie in Preußen, ein nichtsnutziges Wahlsystem schon die technische Beherrschung des Wahlapparats außerordentliche Schwierigkeiten bereitete und wo die öffentliche Stimmabgabe die höchsten Anforderungen an den Mannesmut der Arbeiterwähler und an ihre politische Festigkeit stellte. Der Ausfall der Landtagswahlen war nicht gleichartig. Während die Arbeiter in den politisch und gewerkschaftlich gefestigten Positionen, in den Industriezentren, mit einer selbst von Gegnern als Helbenmut bezeichneten Dravour ihre Interessen rücksichtslos wahrnahmen und ihre Vertreter wählten, zeigte sich in kleineren Städten und auf dem Lande, daß ein übergroßer Teil von Arbeitern noch nicht wagt, der Noth und Nothwendigkeit, die in der Forderung auf öffentlicher Stimmabgabe liegen, die Spitze zu bieten. Sie wagten noch nicht, auf einen Schelm anderthalben zu setzen und mit dem unverzagten proletarischen Wagemut nach dem Riede: „Ich hab' mein' Sach' auf nichts gestellt, hurrjeh!“ auch offen zu zeigen, was sie sind, nämlich Sozialdemokraten. Und zwar zeigte sich die Scheu vor der öffentlichen Stimmabgabe auch dort, wo wir bei der Reichstagswahl ganz erhebliche Stimmenmengen erzielt hatten.

Daß die Sozialdemokratie bei den preussischen und sächsischen Landtagswahlen nicht aus eigener Kraft Mandate erobert hat, liegt nicht an ihr, sondern an dem auf die Selbstsachinteressen zugeschnittenen Wahlsystem. Alle Barrieren, die der Klassenstaat vor dem Proletariat aufstürmt, zu überspringen, ist eben auf dem Wege der Wahlbeteiligung nicht möglich. Und daß durch Vereinbarungen mit den Freisinnigen keine sozialdemokratischen Mandate gewonnen wurden, was in Teltow-Beslow und Breslau möglich gewesen wäre, lag gleichfalls nicht an den Arbeitern, sondern wiederum an dem Jammerfreisinn, der nach dem Aussprüche des freisinnigen Volksparteilers Fischbeck lieber

mit Kröcher als mit Barth ging. Das Nichterringen von Mandaten sollte uns wenig schmerzen, wenn die Wahlen mit offener Stimmabgabe gezeigt hätten, daß kein Arbeiter sich mehr davor fürchtet, Auge in Auge gegenüber denen, die sich seine Brotherrn nennen, denen aber er in Wahrheit das Brot gibt, unerschrocken Farbe zu bekennen.

Hierin liegt der springende Punkt. Wie bei den Landtagswahlen, so ergaben vielerorts auch die kurz vorher oder nachher stattgehabten Gemeindevahlen, daß ein bedauerlich großer Prozentsatz von Arbeitern die Willenskraft noch nicht soweit gestählt hat, unter allen Umständen, also auch, wenn die Abstimmung nicht geheim ist, sondern öffentlich erfolgen muß, sich und ihren Interessen treu zu bleiben und nach niemandem und nichts zu fragen, als eben nur nach dem, was seine Klasseninteresse entspricht.

Dem Klasseninteresse, nicht dem augenblicklichen persönlichen Interesse! Der zur vollen sozialdemokratischen Erkenntnis gelangte Arbeiter hat einsehen gelernt, daß die unbeugsame Wahrnehmung seiner Klasseninteressen wertvoller ist, auch für ihn selbst, als das Machen von Zugeständnissen behufs Wahrnehmung der vermeintlich ihm näherliegenden persönlichen Interessen. So mancher glaubt, er könne unbeschadet seiner sozialdemokratischen Gesinnung im entscheidenden Momente dem Farbe bekennen ausweichen, sei es dadurch, daß er einer Wahl mit offener Stimmabgabe fernbleibt, oder gar dadurch, daß er gegen seine Ueberzeugung und gegen sein Klasseninteresse für einen bürgerlichen Gegner stimmt. Das ist jedoch ein verhängnisvoller Irrtum.

Der kategorische Imperativ des Philosophen Immanuel Kant gilt auch für den Arbeiter, für ihn sogar erst recht. Dieser kategorische Imperativ fordert: Handle so, daß Dein Handeln, wenn es von allen anderen nachgeahmt wird, der Gesamtheit zum Wohle gereicht. — Würde nun, wenn jeder Arbeiter sein Verhalten bei Wahlen nach seinem persönlichen Interesse einrichten wollte, das Wohl der Arbeiterklasse gedeihen? Würde der proletarische Kampf gegen Kapital und Klassenstaat siegreich beendet werden können, wenn jeder Arbeiter dächte: „Die anderen mögen nur unser Klasseninteresse wahrnehmen; ich für meinen Teil werde mir keine Laus in den Pelz setzen, mir keine Schwierigkeiten im Arbeitsverhältnis bereiten; ich bleibe deshalb der Wahl fern?“ Auf den ersten Blick ergibt sich, daß, wenn jeder so denken wollte, der Karren nicht vorwärts käme. Was aber nicht jeder tun darf, ist auch dem einzelnen nicht gestattet. Ohne Zweifel ist es dem einen interessanter und ungünstlicher als dem anderen, sein Klasseninteresse wahrzunehmen; aber darüber kann eine Meinungsverschiedenheit nicht obwalten, daß jeder die Pflicht hat, bei Wahlen wie auch bei sonstigen politischen und gewerkschaftlichen gemeinsamen Aktionen sein persönliches Interesse dem Klasseninteresse unterzuordnen; denn beides ist nichts verschiedenes, sondern das Klasseninteresse ist nur die höhere Einheit des persönlichen Interesses.

Hat nicht die ganze Gewerkschaftsbewegung denselben Zweck? Ordnet nicht auch jeder Gewerkschaftler seine privaten, persönlichen Interessen in entscheidenden Momenten dem Gesamtinteresse der Berufskollegen unter? Und fährt er dabei nicht schließlich viel besser, als wenn er in seinem eigenen Köpfchen kochen wollte? Genau dieselben Einreden von Gefährdung seiner Stellung oder sonstigen Nachteilen, die ihm angeblich oder wirklich drohen sollen, die bei Wahlen mit offener Stimmabgabe erhoben werden, wurden und werden erhoben, wenn es sich um den Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation handelt. Erst dadurch wird ja das Proletariat unüberwindlich, daß jeder Arbeiter in der unbeugsamen Wahrnehmung seines Klasseninteresses die sicherste, dauerndste Vertretung zugleich seiner persönlichen Interessen erblickt.

Seien wir uns klar: Unzufrieden sein mit den bestehenden Verhältnissen kann jeder. Es müßte eine gänzlich verkommene Slavenatur sein, wenn ein Arbeiter nicht einmal nach Besserung seiner Lage strebte. Diese Unzufriedenheit an sich hat mit der Sozialdemokratie nichts zu tun.

Zum Sozialdemokraten erhebt sich der Arbeiter erst in dem Augenblicke, in dem er erkennt, daß nur durch Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, durch Beseitigung des Klassenstaates und durch Einführung der demokratischen sozialistischen Gesellschaft der Arbeiter zu seinem vollen Rechte des Menschseins gelangen kann. Wer das aber erkannt hat, der hat auch die fernere Pflicht, sein ganzes Denken und Handeln auf möglichst baldige Erreichung dieses Zieles zuzuschneiden, und er muß namentlich bei allen entscheidenden Gelegenheiten — solche sind die Wahlen — das Klasseninteresse den persönlichen Empfindungen voranstellen. Daß das noch nicht von allen geschieht, haben die Wahlen erwiesen. Und so überwältigende Beweise von Treue, Hingabe und Opfermut die Wahlen mancherorts brachten, so dürfen wir uns doch nicht verhehlen, daß an anderen Orten die Willenskraft der Arbeiter noch weit mehr als bisher in die Bahn gedrängt werden muß, daß sie in der unerschrockenen und unbeugsamen Vertretung des Klasseninteresses zugleich die zuverlässigste Wahrnehmung ihrer persönlichen Interessen erblicken.



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausgeschlossen wurden auf Grund § 9 Abs. 2 des Statuts in Lübeck: Joh. Strund (Verbands-Nr. 2589), R. Strund (09 241), J. Grube (85 533); in Erfurt: R. Göttinger (24 288), Fr. Ritter (24 314), L. Gramann (27 800), Th. Kleebauer (27 809), E. Wedekind (27 821), B. Silber-schlag (27 830), W. Neumann (08 644), F. Fischer (26 808), S. Wötcher (56 765), A. Müller (78 008), Fr. Schramm (28 975), A. Renther (016 684), F. Prager (018 706); in Barmen-Elberfeld: Krüger (018 012).

Gewarnt wird in allen Zahlstellen vor den Mitgliedern G. Spindler (Verbands-Nr. 08 218) und Jos. Wiedemann (015 966). Dieselben haben bereits einige Male unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in den Zahlstellen sich Gelder erschwindelt.

Den Aufenthaltsort der Genannten bitten wir uns sofort mitzuteilen.  
Der Zentralvorstand.

### Quittung der Zentralkasse.

In der Zeit vom 1. bis 31. November 1903 gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten ein:

Aus Annaberg M. 20,40, Apenrade 60,30, Aue 57,40, Braße i. D. 20,79, Breslau 800, Buthen i. D. Schlef. 20, Berlin i. Rechn. 430, Barmen-Elberfeld 59,11, i. Rechn. 39,47, Bahn 47,10, Bergedorf 441,75, Bruchsal 50, Nevenen 25, Bremen i. Rechn. 15, Chemnitz 350,50, Colberg i. Rechn. 10, Cannstatt, Nachtrag —,08, Döbeln 26,70, Düsseldorf 400, Nachtrag 1, Dresden 2900, i. Rechn. 28,25, Durlach 20,25, Dtsch. Lissa 47,64, i. Rechn. 16, Dtsch. Krone 81,60, Dessau 137,40, Oberstadt 39, Ederndörbe 65,60, Ensfheim 87,94, Erzhausen 27, Eppstein 28,05, Ellrich 13,70, i. Rechn. 8, Erfurt 200, Froschburg 14,60, Fürth 37,25, Fürstenthal 29,49, Friedrichsdorf 104,20, Fribdichow 24,20, Frankenhäufen 25, Fritze 120,48, i. Rechn. 12, Friedberg i. B. 306,85, Frieda (Eintr.) 8, Glogau 17,50, Grabow 87,67, Grünberg i. C. 30,45, Halle 100, Holzhausen 27,30, Hagenow (Eintr.) 8, Hamburg 8000, Heidelberg 100, Hannover 303,70, i. Rechn. 50, Hinternah 31,60, Heilbronn 213,75, Hersford 29, Heldenbergen 1, Karlsruhe 75,50, Königsberg 709,29, Kröglin 31,40, Kempten (Eintr.) 35 80, Konstanz 157,75, Krefeld i. Rechn. 3,—, Lahr 3,60, Leipzig 1439,20, Lützen 30, Lehe-Obermünde 1356,58, i. Rechn. 106,95, Lorch 14,60, Langen 75,83, Lützen 171,05, Lauterbach 15,20, Langenlebach 151,06, Ludwigshafen i. Rechn. 51, Lübeck 284,34, i. Rechn. 93,08, Lübben 86,65, Lübecke (Eintr.) 3, Lützen 8,20, Magdeburg 200, Mainz 50, Meisdorf 74,75, Metz 334,90, München 117,08, Mühlberg a. C. 41,68, Neuzelle 54,60, Nürnberg 200, Nordhausen 120, Neuhäbensleben 71,85, Rowanow 298,25, Nieder-Florstadt 40,90, Oels 9, Othenkebi 50, Oberndorf 23,30, Palswall 111,65, Plauen i. B. 235,94, Pörschheim 41,78, Posen 200, Querfurt 46,75, Reichensachsen

67,85, Ruhrort 170,44, Rostock 120, Moskau i. G. 21,65, Rheingönheim 22,25, Reimbef 101,96, Stettin i. Rechn. 346,90, Schwartau 97,10, Salzgungen 52,72, Stadthagen 39,80, Sminemünde 135,75, Starnberg 7, Sommerfeld 39,20, Saarbrücken 112,80, Soltau 93,92, Striegau 37, Tausa 17,80, Thorn 89,27, Wandsbef 176,60, i. Rechn. 133,50, Waldkirch 20,10, Wolgast 68,06, Winddecken 23,19, Westerland 123,30, Zerbst 90, Einzelzahler d. Hauptkasse 164,90. Restzahlungen: Weihen i. D.-Schl. 18,64, Brackweide 1,78, Helmstedt 4,55, Ribnig 4,72. Für Verbandslieder: Glogau 5, Kempien 2,50. Für Kolportagemarken: Breslau 6, Ulm — 40. Streikunterstützung zurüd: Celle 8,38.

**Streikfonds.**

Aus Brale i. D. M. 2, Braunschweig 100, Burgdorf 7, Dessau 14,40, Durlach 7, Dietzheim 8, Deutsch Krone 9,60, Deutsch Vissa 45,04, Eichem 13,20, Ederförde 7,80, Fiddichow 7,20, Frankfurt a. M. 250, Graudenz 20, Helbenbergen 74,80, Herford 4,80, Halle 50, Lbbau 2,40, Nieder Florstadt 6,60, Plauen i. V. 264,06, Posen 9, Querfurt 10, Ruhrort 65,80, Schwartau 36,40, Thorn 17,65.

**„Die Geschichte“ (I. Band).**

Aus Braunschweig M. 2,50, Chemnitz 2,50, Colmar i. G. 2,50, Döberan 2,50, Graubenz 2,50, Hamburg (b. Vötker) 5, Helmstedt (b. G. Schrader) 3, Karlsruhe 2,50, Oldesloe 2,50, Pforzheim 2,50, Queblinburg 2,50, Reppen 2,50, Reimscheid 2,50, Saarbrücken 12,50.

**„Protokolle der 15. Generalversammlung“.**

Aus Gannstatt M. 4, Dresden 30, Freiburg i. B. 9, Fiddichow — 80, Grabow — 80, Karlsruhe — 80, Konstanz 1, Königsberg i. Pr. 2, Langendiebach 6,80, Leipzig 160,80, Mainz 2, Minden i. W. 4, Pforzheim 1, Queblinburg 2, Rostock 6. **Ab. Römer, Kassierer.**

**Bekanntmachungen der Agitationskommissionen.**

**Agitationsbezirk Frankfurt a. M.**

Am 8. November fand im Gewerkschaftshaus eine kombinierte Vorstandssitzung der in der nächsten Umgebung von Frankfurt liegenden Zahlstellen statt. Beteiligt waren Fischhofheim, Enkheim, Eppstein, Eichenheim, Frankfurt, Fischbach, Geldenbergen, Langendiebach, Rodheim und Offenbach. Als Besprechungspunkte waren festgesetzt: 1. Organisationsfragen in Hessen und Hessen-Nassau. 2. Die einheitliche Gestaltung der Beitragsleistung.

Der Gauleiter, Kamerad Kösch, wies vorerst darauf hin, daß die bisher bestehenden Agitationskommissionen in Hessen und Hessen-Nassau aufgehoben seien und in Zukunft alles in bezug auf Organisation und Agitation durch den Gauvorstand geregelt werde. Alle diesbezüglichen Mitteilungen seien an ihn zu richten. Weiter führte Kösch aus, daß den Zahlstellenbeamten nicht oft genug vor Augen geführt werden könne, wieviel die Organisationsverhältnisse in Hessen und Hessen-Nassau noch zu wünschen übrig liegen. Während im Jahre 1899 im Großherzogtum Hessen 728, und in der Provinz Hessen-Nassau 912, zusammen also 1640 Mitglieder unseres Verbandes gezählt wurden, waren es im zweiten Quartal 1902 im Großherzogtum nur noch 462, und in der Provinz 452, zusammen also 912 Organisierte. Erfreulicherweise zeigte das zweite Quartal 1903 eine um 278 höhere Zahl; die Zunahme entfällt aber fast durchweg nur auf Hessen-Nassau, indem hier die Zahl um 268 gestiegen sei. Anknüpfend hieran, betonte Redner, wie notwendig es sei, daß Gauleiter und Zahlstellenfunktionäre gemeinsam zusammenarbeiten, um die Organisation in die Höhe zu bringen. Entsprechend unserer geringen Mitgliederzahl seien auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Bezirk. Von 43 Zahlstellen bestche im Sommer in einer Zahlstelle eine 11- bis 13stündige Arbeitszeit, während sie in 23 11 und in 19 10 Stunden beträgt. Eine kürzere Arbeitszeit gäbe es im ganzen Bezirk nicht, dabei sei an vielen Orten die Ueberstundenarbeit in bedenklicher Weise eingerissen. Ueberall herrschten Klassenlöhne mit gewaltigen Abwärtstendenz; zum Beispiel 30—46  $\mathcal{M}$  in Cassel, 35—42  $\mathcal{M}$  in Darmstadt, 32—40  $\mathcal{M}$  in Eppstein, 28—42  $\mathcal{M}$  in Worms, 34—42  $\mathcal{M}$  in Wiesbaden usw. Bei elfstündiger Arbeitszeit erzielt der Zimmerer in Lauterbach M. 2,50—2,80 pro Tag und in Rodheim M. 2,50—3,50 bei gleicher Arbeitszeit. Nirgends gäbe es einen bestimmten Minimallohn. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß diese Löhne erst durch die Organisation erkämpft werden mußten; viel schlechter seien die Verhältnisse in Orten, wo eine Organisation nicht vorhanden ist.

Die Arbeitszeit wesentlich zu kürzen, die Klassenlöhne zu beseitigen, an deren Stelle einen Minimallohn zu erringen, der jeden Zimmerer in die Lage versetzt, als Mensch leben zu können, danach sollten wir streben. Während in Deutschland, soweit bekannt, in 114 Zahlstellen feste Lohn- und Arbeitsverträge bestehen, gibt es in unserem Gau unter 47 Zahlstellen nur zwei mit sogenannten Tarifverträgen: Mainz und Cassel. In Mainz wird er seitens der Unternehmer längst nicht mehr beachtet, und in Cassel haben die Meister den erst am 14. Mai dieses Jahres vereinbarten Tarif in schönster Weise durchbrochen, sie waren allerdings gezwungen, einen besseren mit unserer dortigen Organisation zu vereinbaren. Zweifellos sei der Abschluß von Tarifverträgen von Organisation zu Organisation zu empfehlen, und hat der Redner die Erschienenen, auch hierauf ein gewisses Augenmerk zu richten. Sodann behandelte Redner noch kurz die Organisationsverhältnisse in den einzelnen Zahlstellen und kam zu dem Schluß, daß da noch recht viel getan werden könnte, sowohl für Gewinnung neuer Mitglieder, als auch für Aufklärung der schon Organisierten. In manchen Zahlstellen herrsche eine wahre Antipathie gegen Versammlungen, die Mitglieder leisten die Beiträge und kümmern sich um weiter nichts. Geradezu abstoßend wirde es, wenn selbst Zahlstellenbeamte sagen: „Die ganze Arbeit nutzt ja doch nichts, den Kameraden muß erst einmal der Lohn um 8 oder 10  $\mathcal{M}$  pro Stunde gekürzt werden, dann kommen sie zu uns.“ Nicht sei irriger als das; die Kameraden werden auf diese Weise noch mehr abgekumpft und sind dann noch viel schwerer für die Organisation zu gewinnen. In der kurzen Diskussion wurde den Ausführungen des Kameraden Kösch beipflichtet.

Im zweiten Punkt, „Die einheitliche Gestaltung der Beitragsleistung“, verwies Kamerad Kösch auf die Beschlüsse

der 15. Generalversammlung und auf die im § 4. Abs. 3 und § 18 Abs. 2 unseres Statuts festgelegten Beitragsleistungen. Leider würden in den meisten zum Lohngebiet Frankfurt gehörenden Zahlstellen die Beschlüsse und Bestimmungen nicht in der gehörigen Weise innegehalten. Es arbeiten in Frankfurt Kameraden aus etwa 23 Zahlstellen, teilweise sind sämtliche Mitglieder der einzelnen Zahlstellen in Frankfurt beschäftigt; alle diese wären nun nach den Bestimmungen des § 18 Abs. 2 verpflichtet, einen Wochenbeitrag von 50  $\mathcal{M}$  zu leisten. Wie sehr es aber in Wirklichkeit damit aussehe? Nur in 4 von 23 Zahlstellen werden 50  $\mathcal{M}$ , in 5 45, in 3 40, in 9 35, und in 1 Zahlstelle gar bloß 30  $\mathcal{M}$  Wochenbeitrag erhoben. Dieser Zustand müsse sich ändern. Es könne nur etwas Einheitliches geschaffen werden, wenn unser Statut genau innegehalten werde. Der augenblickliche Zustand hindere die gesunde Entwicklung unserer Organisation. Außerdem werde hierdurch auch die Zentralkasse geschwächt. Der Abs. 2 des § 18 sage ausdrücklich: „Zahlstellenmitglieder, die nicht an dem Orte ihrer Zahlstelle, sondern an einem anderen Orte arbeiten, haben in ihrer Zahlstelle denjenigen Beitrag zu leisten, der für den Ort ihrer Arbeitsstelle maßgebend ist.“ Das sei doch klar ausgedrückt, und diese Bestimmung existiere doch nicht deshalb, um nicht erfüllt zu werden.

Erfreulicherweise sahen die Anwesenden auch ein, daß es so nicht weitergehen könne, nur sei es wohl nicht mehr möglich, in diesem Jahre die Verhältnisse zu ändern. Vom 1. März 1904 an müsse die im Statut festgelegte Beitragsleistung in den Zahlstellen zur Durchführung gelangen. Man einigte sich auf einen Beschluß, in dem sich die Anwesenden verpflichten, für die strikte Durchführung, des § 18 Abs. 2 des Statuts in ihren Zahlstellen einzutreten.

Nachdem noch einige andere Angelegenheiten erledigt waren, wurde die sehr anregend verlaufene Sitzung geschlossen.

**Unsere Lohnbewegungen.**

**Vereinbarungen in Lychen.** Auf den Bauten der Arbeiterkassette zum „Roten Kreuz“ in Lychen ist es wiederholt zu Differenzen gekommen, die nicht selten Arbeitsunwilligkeiten im Gefolge hatten. Jetzt ist endlich ein Abschluß nachstehender Arbeitsbedingungen erzielt:

Vereinbarungen zwischen der Firma Voswau & Knauer, Berlin, und dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zweigverein Lychen.

§ 1. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden und zwar von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr einschließlich einer halben Stunde Frühstück, einer Stunde Mittag und einer halben Stunde Weiper. An den Sonnabenden ist um 5 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug und Fortfall der Weiperpause.

§ 2. Der Lohn beträgt 40  $\mathcal{M}$  pro Stunde. Für alte, Invalide, minderleistungsfähige Gesellen, sowie für Junggesellen im ersten Gesellenjahr kann bis zu 2  $\mathcal{M}$  pro Stunde weniger gezahlt werden.

§ 3. Die Lohnzahlung findet an jedem Sonnabend sofort nach Schluß der Arbeit mit Einbehaltung des Sonnabends auf der Baustelle statt.

§ 4. Ueberstunden sind zu vermeiden, wo dieselben nicht zu umgehen sind, werden 5  $\mathcal{M}$  Zuschlag pro Stunde gezahlt.

§ 5. Diejenigen Arbeiter, welche weiter als 5 Kilometer von der Arbeitsstätte entfernt wohnen, erhalten als Laufzeit am Montag eine Stunde vergütet.

§ 6. Auf jeder Baustelle muß eine wetterfeste Pausbude und ein den sanitären Vorschriften entsprechendes Kloset vorhanden sein.

§ 7. Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die aus dem Vertrage entstehen, wird von den Zimmerern eine dreigliedrige Kommission gewählt, die die Streitfälle dem Gauleiter vorzutragen hat und eine Abstimmung derselben oder eine Einigung herbeizuführen versucht. Kommt eine Einigung nicht zu stande, so kann der Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer den Gauvorstand des Verbandes der Zimmerer zur Vermittlung anrufen. Bevor der Gauvorstand eine Vermittlung nicht versucht hat, dürfen Arbeits Einstellungen und Aussperrungen unter keinen Umständen erfolgen.

§ 8. Auf jeder Baustelle muß jemand bestimmt werden, der die notwendigsten Lebensmittel herbeischafft.

§ 9. Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht es frei, das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Kündigung aufzuheben.

§ 10. Vorstehender Vertrag gilt vom 1. Juni 1903 bis zum 31. Dezember 1904. Wird derselbe nicht mindestens ein Vierteljahr vor Ablauf gekündigt, dann gilt er für ein weiteres Jahr.

Lychen, den 7. November 1903.

Der Arbeitgeber: Die Arbeitnehmer:  
 vr. Voswau & Knauer. Lohmeyer. Krempin.  
 Klunke. F. Stern.

**Lohnreduzierungen in Stolp i. Pommern.** Den in dem Geschäft der Gebrüder Körner beschäftigten Kameraden wurde vor kurzem bei der Lohnzahlung eine unangenehme Ueberraschung bereitet, indem ihnen der Stundenlohn von 28  $\mathcal{M}$  auf 24  $\mathcal{M}$  gekürzt wurde. Die dort in Arbeit stehenden Verbandsmitglieder sahen sich infolgedessen veranlaßt, die Arbeit niederzulegen, während die Unorganisierten weiterarbeiteten. Eine Versammlung am 24. November hatte sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Kamerad Michaelis, Stettin, konnte nicht umhin, die in Betracht kommenden Kameraden wegen ihres übereilten Handelns zu tadeln. In solchen Fällen empfehle es sich stets, erst den Vorstand in Kenntnis zu setzen und mit diesem die weiteren Schritte zu beraten. Ein eigenmächtiges Vorgehen könne nicht gutgehen werden. Im übrigen würde dieser Fall gewiß dazu beitragen, die Kameraden von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Würde eine starke Organisation am Orte sein, so würden die Arbeitgeber es nicht ohne weiteres wagen, die Löhne zu reduzieren. Drei Kameraden traten dem Verbands bei. Von einigen Mediern wurde noch angeführt, daß auch andere Arbeitgeber bereits gekürzt hätten, daß sie dadurch, daß die Firma Körner nur einen Lohn von 24  $\mathcal{M}$  zahle, während sie Löhne von 30—37  $\mathcal{M}$  pro Stunde zahlen müßten, in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschwächt würden. Wir hätten deshalb alle Ursache, auf dem Weiten zu sein und unsere Organisation so auszubauen, daß wir den Lohnverschlechterungsbestrebungen der Arbeitgeber erfolgreich entgegenzutreten könnten. Dazu bedürfte es vor allen Dingen, daß alle am Orte vorhandenen Zimmerer unberzüglich Mit-

glieder des Verbandes würden. Nur dadurch sei die Gewähr gegen weitere Lohnreduzierungen gegeben. Nach einem kräftigen Appell des Kameraden Michaelis wurde die Versammlung geschlossen.

**Geplante Verschlechterungen im Lohn- und Arbeitsvertrag in Bremen.** Kaum haben sich die Wogen der unlänglich des Klemmerstreiks in diesem Jahre inszenierten Ausperrung der Angehörigen aller an Bauten beschäftigten Berufsleute, und schon drohen den Arbeitern im Bremer Baugewerbe neue Gefahren. Diesmal sind es die Maurer und Zimmerer denen man zumutet, wesentliche Verschlechterungen im Lohn- und Arbeitsvertrag in den Kauf zu nehmen. Der mit der Arbeitgebervereinbarung Tarif läuft mit dem 1. April nächster Jahres seinem Ende entgegen, und sind laut einem in demselben enthaltenen Passus Abänderungsanträge zu demselben nur in den Monaten November bis einschließlich Januar gültig. Für unsere Kameraden lag daher eine dringende Veranlassung, schon jetzt vor der Lohnfrage für das nächste Jahr Stellung zu nehmen, nicht vor, da ihnen ja hierzu bis zum Januar noch hinreichend Zeit zur Verfügung stand.

Seit einiger Zeit ging nun das Gerücht, die Bremer Arbeitgeber hätten bereits einen neuen Vertragsentwurf ausgearbeitet, sich in Versammlungen damit beschäftigt und da er die Zustimmung der letzteren erhalten habe, den einzelnen Mitgliedern zur Kenntnisnahme zugestellt. Unsere Kameraden sollten darüber nicht lange in Ungewißheit bleiben. Schon umrtem 16. November d. J. ging dem Vorsitzenden unserer Zahlstelle in Bremen ein solcher Vertragsentwurf zu mit nachstehendem Begleit Schreiben:

Bremen, den 16. November 1903.

An den Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Bremen, z. S. des Herrn Steffen. Hier.

In zwei aufeinander folgenden Versammlungen der Arbeitgeber vom Maurer- und Zimmergewerbe wurde beschlossen, für das nächste Jahr den Vertrag in beifolgender Fassung abzuändern, und eruchen wir Sie, uns bis zum 1. Dezember d. J. die Zustimmung des Zentralverbandes (Zahlstelle Bremen) zukommen zu lassen, eventl. mit uns darüber bis zum 1. Dezember d. J. in Verhandlung zu treten.

Hochachtungsvoll

Die vereinigten Arbeitgeber vom Maurer- und Zimmergewerbe von Bremen und Umgebung.

J. A.: W. Lehmann, Baumeister.

Wie schon oben erwähnt, war vorher den Arbeitgebern in Bremen seitens der Vorstände der „Bauhütte“ und der Vereine der Maurer und Zimmermeister von Bremen und Umgebung ein Exemplar des in Frage stehenden Entwurfes zugestellt worden. Auch diesem war ein Begleit Schreiben beigelegt, in dem es am Schluß heißt:

Bei der Wichtigkeit dieser Angelegenheit bitten wir, den abgeänderten Vertrag genau zu prüfen und jedenfalls zur nächsten Versammlung zu erscheinen, denn, wenn der Vertrag so, wie vorgeschlagen, nicht angenommen wird, so ist hier nächstes Frühjahr ein großer Streik zu erwarten.

Ganz so festgesetzt, als wie das aus den letzten Zeilen herausklärt, scheinen ja die Arbeitgeber nun doch nicht zu sein, erklären sie sich doch zum mindesten zu Verhandlungen mit den Arbeitnehmern bereit.

Der Vertragsentwurf an sich bietet so bedeutende Verschlechterungen, daß eine Annahme derselben seitens unserer Kameraden vollständig ausgeschlossen sein dürfte. Wir lassen nachstehend die in Betracht kommenden Bestimmungen des Vertrages und die in dem Entwurf enthaltenen Abänderungen und Zusätze folgen. Während der bisherige Vertrag bei neunstündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 60  $\mathcal{M}$  vorsieht, ist in dem Entwurf folgender Zusatz enthalten:

„Für jugendliche Gesellen bis zum vollendeten 20. Lebensjahre beträgt der Stundenlohn 50  $\mathcal{M}$ , desgleichen für Gesellen vom 60. Lebensjahre.“

In bezug auf Ueberstunden und Sonntagarbeit heißt es in dem bisherigen Vertrag, daß dieselben möglichst zu vermeiden werden sollen, jedoch in besonderen Fällen zu leisten sind. Auch diese Fassung scheint den Unternehmern nicht mehr zu genügen, deshalb schlagen sie vor, denselben wie folgt zu ergänzen:

„... sind jedoch auf Wunsch des Arbeitgebers zu leisten. Weigerungen hiergegen können als Vertragsbruch angesehen werden.“

In dem bisherigen Vertrage heißt es im Absatz 8: „Die Vergebung einzelner Arbeiten an Spezialunternehmer sowie Akkordarbeit ist zulässig.“ Der neue Entwurf sieht hier folgende Fassung vor:

„Die Vergebung einzelner Arbeiten an Spezialunternehmer ist zulässig. Akkordarbeit ist nach Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu leisten und sind erfolgreiche Einreden dritter Personen als Vertragsbruch anzusehen.“

Ganz neu in dem Entwurf sind folgende Bestimmungen:

11. Diejenigen Gesellen, welche ohne Einwilligung des Arbeitgebers den 1. Mai, sofern derselbe auf einen Werktag fällt, feiern, sind zu entlassen und dürfen innerhalb 14 Tage nicht wieder eingestellt werden.

12. Das Kontrollieren der Bauten, Verteilen von Flugblättern und dergleichen von nicht auf der Baustelle beschäftigten Personen ist verboten und wird als Hausfriedensbruch verfolgt werden.

13. Das Agitieren für Vereinszwecke sowie das Delegiertensystem ist auf den Bauten und Arbeitsplätzen verboten.

Im Absatz 15 heißt es zum Schluß, daß der neu abzuschließende Vertrag auf ein Jahr in Gültigkeit tritt und zwar vom 1. Januar bis zum 31. Dezember.

In einer dem Entwurf angehängten Bemerkung wird aber dann ausdrücklich hervorgehoben, daß der angelegentlich bestehende Vertrag bis zum 1. April 1904 in Kraft bleibt.

Soweit der Entwurf. Unsere Kameraden haben zu demselben bisher noch nicht Stellung genommen. Für sie gilt ja einwörtlich noch der bisherige Vertrag, laut welchem Anträge auf Abänderungen zu demselben noch bis Ende Januar gestellt werden können. Durch die Drohung der Unternehmer, daß, falls der Entwurf nicht zur Annahme gelangen sollte, für nächstes Frühjahr ein großer Streik zu erwarten sei, würden

fe sich nicht einschüchtern lassen, und wenn es sein muß, in dem zu erwartenden Kampfe ihren Mann stehen.

**Nachklänge von der Ausperrung in Mainz.** Die Kameraden Kleinholz und Schröder hatten sich kürzlich vor der Strafkammer in Mainz zu verantworten. Sie sollen sich während der Ausperrung des Vergehens der Verleumdung, Verdröhung, Nötigung, Hausfriedensbruchs, Mißhandlung und der Uebertretung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Um die von den Arbeitgebern herangeloteten fremden Arbeiter über die Lage in Mainz und Umgegend aufzuklären, begaben sich die beiden Angeschlagenen nach Kastell und Kostheim. Hier soll nun, wie die Anklage behauptet, Schröder in den Postbau in Kostheim eingedrungen sein, woselbst er einen Arbeiter mißhandelte, bedrohte und ihn zu nötigen versuchte, die Arbeit niederzuliegen. Kleinholz soll sich durch Begleitung der Beihilfe schuldig gemacht haben. Er wurde freigesprochen, während Schröder einen Monat Gefängnis erhielt.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Augsburg.** Am 21. und 22. November fanden zwei öffentliche Zimmererversammlungen statt und zwar die erstere in Oberhausen bei Augsburg, die letzte in Augsburg selbst. Die Zahl der Teilnehmer betrug in Oberhausen 20, in Augsburg 60. In beiden Versammlungen sprach der Gauleiter für Bayern, Kamerad Kemmer-München, über: „Die Zustände im Zimmergewerbe in Augsburg und Umgegend, und wie sind dieselben zu verbessern“. Der Referent beleuchtete den wirtschaftlichen Kampf der Zimmerer im allgemeinen; zurückgreifend auf die Kämpfe der Organisation in den letzten Jahren, wies er nach, daß heute der Zentralverband der Zimmerer eine Macht geworden ist, mit welcher selbst das organisierte Unternehmertum im Baugewerbe zu rechnen habe. Das zeige sich besonders in solchen Zahlstellen, wo die Zimmerer in ihrer großen Mehrheit der Organisation angehören, durch den Abschluß von Tarifverträgen. Auf die Verhältnisse der Zimmerer Augsburgs und Umgegend eingehend, bemerkte der Referent, daß die Unternehmer im Baugewerbe Augsburgs laut einer Umfrage seitens des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“, sich gegen die Tarifverträge erklärt hätten. An diesem ablehnendem Verhalten tragen zum Teil die Augsburger Zimmerer die Schuld. Die Unternehmer wissen, daß sie infolge der schwachen Organisation der Zimmerer Augsburgs nicht genötigt sind, einen Tarifvertrag abzuschließen, und ohne einen solchen können sie die Zimmerer noch unbeschränkter ausbeuten. Die Vernachlässigung der Organisation seitens der Zimmerer Augsburgs habe sich auch bitter gerächt. Schon im Jahre 1890 wurde ein Minimallohn von 35 s pro Stunde erkämpft. Die größte Anzahl der Zimmerer lebte dann dem Verband den Rücken und 1897 war der vor sieben Jahren erkämpfte Lohn bedeutend gekürzt worden, so daß ein zweiter Kampf um dieselbe Forderung inszeniert wurde. Auch dann blieb der Mitgliederbestand immer noch nicht stabil und ein dritter Kampf um dieselbe Forderung war 1899 notwendig. Heute beträgt der Durchschnittslohn 34,6 s. So haben sich die Kameraden von Augsburg selbst geschädigt, dadurch, daß sie nicht an der Organisation teilnahmen. Auch sonst seien wesentliche Verschlechterungen eingetreten, auf die näher einzugehen der Referent nicht für notwendig hielt. Der Referent wurde oft durch lebhaften Beifall unterbrochen. Mit der Aufforderung, es nicht bei dem bloßen Beifall bewenden zu lassen, sondern nachdem der Worte jetzt genug gewechselt, auch endlich einmal Taten zu zeigen, schloß der Referent seine Ausführungen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats und führte die traurigsten Zustände zutage. Die Verwaltung wurde noch beauftragt, für die Vororte Augsburgs Zahlbezirke einzurichten, damit die Kameraden mit den Beiträgen nicht so sehr in Mitleid kommen, und auch jeder den „Zimmerer“ rechtzeitig erhält. Der Erfolg bei den Versammlungen war, daß 20 Kameraden ihren Beitritt erklärten. Da aber am Ort circa 200 Zimmerer beschäftigt sind, die Mitgliederzahl jedoch jetzt erst 55 beträgt, ist es heiligste Pflicht der Organisierten, die uns noch fernstehenden Kameraden dem Verbandsbezug zuzuführen. Eine dann jeder seine Pflicht, dann werden auch für Augsburg bessere Zustände eintreten.

**Harmen-Eberfeld.** Am 18. November fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt und auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Hierauf hielt Kamerad Raunzen-Düffelberg einen Vortrag über: „Die Bestrebungen und Erfolge des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands“. Einleitend wies er darauf hin, daß wir besonders hier im Wuppertal dem Scharfmachertum gegenüber einen schweren Stand hätten. Das sei zu Genüge bewiesen und müsse uns daher umso mehr veranlassen, alles aufzubieten, unserer Organisation so zu gestalten, daß sie ein Schutzwall werde gegen die Bestrebungen der Unternehmer. In ausführlicher Weise gab der Redner sodann ein Bild über die Lohnbewegung in den letzten Jahren, besonders die größeren Lohnlämpfer eingehend behandelnd. Ueberall habe sich gezeigt, daß die Unternehmer von ihrem Plan, die Organisation zu vernichten, schließlich Abstand nehmen mußten, wobei wir denn auch nicht in allen Fällen einen materiellen, so doch einen nicht zu unterschätzenden Achtungserfolg errungen haben. Auch die Bewegung in unserer Zahlstelle habe uns meienliche Vorteile gebracht, wenn auch bei weitem nicht alle unsere Wünsche befriedigt worden seien. Die noch vorhandenen Mängel und Fehler, und deren seien nicht wenige würden sich ausmerzen lassen, wenn nur alle Kameraden nach wie vor an der Organisation festhalten und dahin wirken, daß sie immer mehr erstarke. Was eine Organisation zu leisten imstande sei, habe die jüngste Ausperrung in Cassel gezeigt. Das Aussehen der organisierten Arbeiter im Kampf sei hier reichlich bewiesen, und dem Scharfmachertum in Cassel ein empfindlicher Schlag zugefügt worden. Aber nicht allein mit der Erringung einer besseren Existenz, mit dem Kampf um materielle Vorteile, seien die Aufgaben der Organisation erfüllt, sondern auch auf anderem Gebiete hat ihrer ein reiches Arbeitsfeld, in dem gesundheitlicher und hygienischer

Beziehung. Dem Bauarbeiterschutze müsse mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden; vor allen Dingen sei auf die Innehaltung der bestehenden Vorschriften zu achten und Verstöße dagegen den maßgebenden Körperschaften zur Kenntnis zu bringen. Zum Schluß forderte der Referent die Anwesenden auf, sich auch politisch zu betätigen und auf die Arbeiterpreise zu abnormieren. — An der Diskussion beteiligten sich die Kameraden Saue und Jung. Ersterer tadelte die Laubheit unter den hiesigen Zimmerern, die sich in der schwachen Verteilung an der Landtagswahl gezeigt habe. Es sei bedauerlich, daß eine ganze Anzahl Kameraden nicht den Mut hatten, ihre Stimme abzugeben. Kamerad Jung wies noch darauf hin, daß die Arbeitgeber im Wuppertal einen Schutzverband gegründet haben, der die Aufgabe hat, den unberechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten. An uns liege es daher, energische Gegenmaßnahmen zu treffen. Unter „Verstehens“ wurde noch beschlossen, bei einem Arbeitgeber, der den Tarif nicht innehält, vorstellig zu werden. Nachdem noch die Wahl von zwei Kameraden als Beisitzer zur Ortskassenkasse in Harmen vollzogen war, wurden noch einige unwesentliche Sachen erledigt und hierauf die nächtig bejuchte Versammlung geschlossen.

**Cöpenick.** Am 15. November tagte hier eine öffentliche Zimmererversammlung, die gut besucht war. Kamerad Witt-Berlin referierte über das Thema: „Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands und sein Einfluß bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Der Redner gab in seinem Vortrage ein anschauliches Bild von der Entwicklung und dem jetzigen Stand unseres Verbandes, schilderte dann die umfangreichen Lohnbewegungen in diesem Jahre, hierbei die gute Finanzierung und Widerstandsfähigkeit unserer Organisation hervorhebend. Wenn auch, so meinte der Referent, der Ausgang der Lohnbewegungen im allgemeinen ein zufriedenstellendes Resultat gezeitigt habe, so hätte sich in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oftmals noch mehr erreichen lassen, wenn nur alle Zimmerer ihre Klassenlage richtig anerkannt hätten und so organisiert wären, wie es in ihrem eigenen Interesse notwendig sei, und wie sie es auch dem koalitierten Unternehmertum in Deutschland gegenüber sein müßten. Heute müßten die Unternehmer durch die Stärke unserer Organisation allein schon veranlaßt werden, Lohnaufbesserungen vorzunehmen. Die Ansicht, nur durch Streiks seien bessere Zustände zu schaffen, sei durchaus irrig und nichts wäre verkehrter, als überall und bei jeder Gelegenheit diesen Gedanken zu propagieren. Daß die Lage der Zimmerer höchstverbesserungsbedürftig ist, darüber könne kein Zweifel bestehen. Auch die Art und Weise, wie das Unternehmertum in der grenzenlosen Ausbeutung unserer Arbeitsträger sich gegenseitig den Rang abzulaufen, müßte jeden einzelnen zum Nachdenken veranlassen. Leider ist das vielfach nicht der Fall, trotzdem tagtäglich mit dem Leben und der Gesundheit unserer Kameraden in der rücksichtslosesten Weise von Seiten der Unternehmer verfahren wird. Hierauf schilderte der Vortragende den hohen idealen Wert, sowie den erzieherischen Einfluß unserer Organisation und befürwortete die Abschließung korporativer Arbeitsverträge. Gerade in einer solchen Zeit, meinte der Referent, in der wir uns momentan befinden, ist unser Verhalten den Arbeitgebern gegenüber ungemein wichtig. Immer wieder müßten wir uns die Frage vorlegen: „Sind wir gerüstet, und im Stande, den Ansturm der Arbeitgeberorganisationen auszuhalten?“ Noch vor wenigen Jahren wurde unsere Organisation von den Unternehmern höhnisch über die Achseln angesehen, niemand von ihnen dachte daran, die organisierten Zimmerer jemals als einen gleichberechtigten wirtschaftlichen Faktor anzuerkennen, mit dem man Verträge zu schließen genötigt sein werde. Heute sei es aber unserer Organisation in vielen Fällen möglich geworden, ohne orkerreichen Kampf, lediglich auf dem Wege der Verhandlung, die Unternehmer zu Zugeständnissen zu bewegen, und darin liege zweifelsohne für uns eine große Errungenschaft. In 114 Zahlstellen ist es mit Hilfe des Verbandes gelungen, feste Arbeitstarife mit den Unternehmern abzuschließen, welche unter anderem die Löhne und die Dauer der Arbeitszeit festsetzen. Auch hier in Cöpenick ist der Berliner Lohnstarif durchgeführt mit der Maßgabe, daß der Stundenlohn 7/8 s niedriger ist als im Berliner Lohngebiet. Aber die Zustände auf den Bauten in hagenischer und sautärer Hinsicht, lassen doch hier zu wünschen übrig. Ein beträchtlicher Teil Kameraden arbeite gegenwärtig länger, als es der Tarif zuläßt, das sei eine ziemliche Gleichgültigkeit einzelner Mitglieder hinsichtlich der Erfüllung der organisatorischen Pflichten. Das könne so nicht weiter gehen. Der solidarische Zusammenhalt auf den Arbeitsstellen dürfe nicht verloren gehen, eine vernunftmäßige Arbeitsmethode müßte wieder platzgreifen, und sämtliche Zimmerer seien verpflichtet, für die Errungenschaften bei jeder Gelegenheit einzutreten. Keiner dürfe abseits stehen bleiben, die Zeit der Ruhe müsse zur Agitation und Aufklärung ausgenutzt werden. Jeder habe es als seine vornehmste Aufgabe zu betrachten, am Ausbau und der inneren Festigung unseres Verbandes mitzuarbeiten, dann werden die gerügten, unliebsamen Mibestände nicht nur verschwinden, sondern wir sind ständig in der Lage, neue Positionen zu erobern. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine längere Diskussion, in der sämtliche Redner die strikte Durchführung der vertraglichen Bestimmungen betonten. Als noch in „Verständens“ vom Veranlagungskomitee auf das am 28. November stattfindende Vergütigen hingewiesen, und ermahnt wurde, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

**Danzig.** Am 17. November fand unsere Mitgliederversammlung statt. Anwesend waren etwa 80 Mitglieder. Im ersten Punkt der Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß seitens der Lohnkommission ein Lohn- und Arbeitstarif ausgearbeitet worden sei. Um einheitlich vorzugehen, würde es sich jedenfalls empfehlen, mit den Herbergsgesellen in Verbindung zu treten, da, wie bekannt, auch diese sich bereits mit einem Lohnstarif beschäftigt hätten. Vielleicht würde es möglich sein, daß man sich auf einen Tarif einigen, was bei den Verhandlungen mit den Unternehmern nur von Vorteil sein könnte. Die Versammlung schloß sich dem Vorschlage an und beauftragte den Vorstand, eine Sitzung mit dem Allegehellen anzubahnen, über deren

Ergebnis in der nächsten Versammlung Bericht erstattet werden soll. In bezug auf den Holzportagebeitrag führte der Vorsitzende an, daß die Eintreibung des letzteren recht viele Schwierigkeiten bereite, daher wohl die Einführung einer Holzportagemarke ratsam sei, die den Kameraden dann gleich als Quittung diene. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlage zu. Es wurden sodann noch die Mißstände auf den Bauten und Klagen einer Besprechung unterzogen, und den Mitgliedern geraten, auf die Innehaltung der polizeilichen wie auch der Unfallverhütungsvorschriften besser zu achten, und bei etwaigen Verstößen dem Vorstand Mitteilung zu machen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten geregelt waren, wurde beschlossen, die Kameraden von der Firma Zen zu einer Sitzung einzuladen. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Deutsch-Krone.** Untere Kameraden in Deutsch-Krone hatten sich am 22. November zu einer Besprechung zusammengesunden, um gemeinsam ihre traurige Lage zu beraten und Mittel und Wege zu ergreifen, die zur Verbesserung derselben führen. Kamerad Finckel-Bromberg nahm an der Besprechung teil. Die Kameraden unterhielten sich in eingehender Weise über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte, unter welchen die Zimmerer zu leiden haben. Ungemein traurige Zustände wurden hierbei zu Tage gefördert. Eine geregelte Arbeitszeit gibt es hier noch nicht. Die Zimmerer sind vollständig der Willkür ihrer Unternehmer preisgegeben. Im Sommer wird bei einem Tagelohn von M. 2,50 bis M. 3,20 12—13 Stunden gearbeitet. Als im Frühjahr d. J. die Zimmerer sich der Organisation angeschlossen, wollten die Unternehmer aus der Haut fahren. Sie boten alles auf, um die Organisation zu vernichten, und als Gewaltmittel nichts fruchteten, verließen sie es auf einem anderen Wege, indem sie freiwillig einen Lohnzuschlag von 30 s pro Tag gewährten, wohl deshalb, um dadurch den Zimmerern die Zwecklosigkeit eines Zusammenschlusses zu beweisen. Als dann die Arbeitszeit eine kürzere wurde, blieb der gezahlte Tagelohn auf der bisherigen Höhe, während bei solchen Anlässen früher sofort eine entsprechende Kürzung des Lohnes eintrat. Der Tagelohn sinkt im Winter auf M. 1,80. Daß die Arbeitgeber es auch sonst versuchen, ihre Profitinteressen wahrzunehmen, zeigt die Lebrlingsausbeutung, die hier betrieben wird. So haben beispielsweise am 18. Oktober d. J. drei Lebrlinge ihre vorgeschriebene Lehrzeit beendet, bis heute sind sie jedoch noch nicht „freigegeben“. Um sie dafür zu entschädigen, erhalten sie von ihrem Arbeitgeber für ihre tägliche Arbeitsleistung M. 1. So verdammt man sich billige Arbeitskräfte. — Kamerad Finckel gab sodann einige Anweisungen über die einzuschlagenden Wege. Nur durch festes Zusammenhalten wird es möglich sein, geänderte Verhältnisse zu schaffen. In anderen Orten, wo früher ähnliche Zustände geherrsch hätten, seien durch die Organisation schon bedeutende Vorteile erzielt worden. Daß auch die hiesigen Arbeitgeber den Einfluß der Organisation fürchten, sei bewiesen durch das Entgegenkommen, welches sie gezeigt haben. Wir hätten jedoch keine Veranlassung, nunmehr dem Wahne zu verfallen, daß unsere Meister auch für alle Zukunft unsere Wünsche erfüllen würden. Das werde eben nur der Fall sein, wenn sie einsehen, daß es uns wirklich Ernst um die Verbesserung unserer Lage ist, und wenn wir gegebenenfalls auch unseren Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen können. Von einigen Kameraden wurde noch angeregt, allmonatlich Mitgliederversammlungen abzuhalten, um dadurch die nötige Aufklärung zu schaffen. Auch würde es sich empfehlen, einmal die Lohnfrage eingehend zu behandeln und sich mit eben. Forderungen für das nächste Jahr zu beschäftigen. Schließlich wurde noch darauf hingewiesen, daß mit dem 5. Dezember die Beitragsleistung für dieses Jahr aufhöre. Jeder Kamerad müsse bestrebt sein, seine Beiträge zu begleichen. Drei Kameraden erklärten ihren Beitritt zum Verbands.

**Duisburg.** (Ermahnungsbericht.) Die glückliche Lage, in der sich unsere Zahlstelle in den letzten zwei Quartalen mit ihrer Mitgliederzahl befindet, hält auch jetzt noch an und ist ein erfreuliches Steigen unserer Mitgliederzahlen wahrzunehmen. Doch dieser Zustand wird nicht mehr von langer Dauer sein, da hier eine große Zahl Kameraden beschäftigt ist, die nur als Saisonarbeiter den Sommer hier zubringen, den Winter aber in den heimischen Fluren verbringen. Nicht etwa Abenteuerlust, sondern der Selbst-erhaltungstrieb zwingt sie, auf längere Zeit dem Familienleben entzogen, im Frühjahr die Heimat zu verlassen, um in der Großstadt Lohn und Arbeit zu suchen. Die Mehrzahl dieser Saisonarbeiter befindet sich nachgewiesenermaßen im Besitz kleiner Parzellen Landes, die während ihrer Abwesenheit von ihren Angehörigen bewirtschaftet werden. Nicht nur im Winter der Vater, Sohn oder Bruder zurück, so ermöglichen es ihm in vielen Fällen die gewonnenen Produkte ein paar Wochen „in dolce far niente“ zu verweilen. Wahrscheinlich, ein Hochgenuß, sich frei von allen Sorgen und Verbindungen des Kapitals zu wissen. Die Lage dieser Kameraden ist in manchen Stücken eine bedeutend bessere, als die ihrer anderen Arbeitsbrüder, die im „Land der ewigen Qualen“ zurückbleiben, und im Joche des Unternehmertums Sommer wie Winter frohuden. Diese haben unter den Umständen der Witterung zu leiden; ein durch die beschränkte Arbeitszeit ganz minimaler Lohn läßt sie kaum die dringendsten Bedürfnisse für sich und ihre Familien befriedigen, während das Haushaltsbudget durch Heizung und Licht bedeutend erhöht ist. Demnach wäre im Winter eine höhere Einnahme eher nötig als zu einer anderen Zeit. Gemöhnlich sieht die Mehrzahl der an einem Orte aufhängigen Kameraden die oben benannte Saisonarbeit für keine rühmliche Tat an. Diese Meinung wird von der Tatsache beeinflusst, daß seither die Mehrzahl jener Kameraden unseren Bestrebungen fernstand, sei es aus Mangel an Einsicht oder aus Unkenntnis. Gesah es trotzdem, daß sich einzelne der Organisation angeschlossen, dann vernachlässigten sie im Winter ihre Beitragspflichten und gingen dadurch ihrer Mitgliedschaft verlustig. Dem ist jetzt insofern vorgebeugt, daß die Beitragsleistung sich nur auf 40 Wochen im Jahre erstreckt. Wir halten diese Einrichtung für eine sehr zweckmäßige und glauben, daß durch diese eher die Möglichkeit gegeben ist, diejenigen, die erst einmal Mitglieder geworden sind, auch an die Organisation zu fesseln. Wir verkennen nicht, daß uns in dem Saisonarbeiter in gewissem Sinne ein Bundesgenosse erwächst. Das in vielen Kreisen gegen dieselbe bestehende Vorurteil ist zum Teil unberechtigt. Durch die rechtzeitige Abreise in Zeiten schlechter Konjunktur bewirken sie, daß die Arbeitsgelegenheit für die Einheimischen oder die am

Platz Verbliebenen eine bedeutend bessere wird. Demnach kann die Arbeitslosigkeit in unserem Beruf logischerweise an Orten, welche durch diese Art Saisonarbeiter frequentiert werden, keine so hohe sein wie anderwärts. Vergleichsweise kann man dies auch an mehreren Großstädten erweisen, und wäre eine statistische Aufnahme hierüber sehr lehrreich und ließe sich gut verwerten. Wenn man alle Konsequenzen aus dem Vorhergehenden zieht, so wäre es nötig, daß unsere nächste Generalversammlung eine Norm schaffen würde, nach der diese Kameraden, die den Winter fern von ihren Arbeitsstellen in ihrer Heimat zubringen, zwecks weiterer Agitation mehr Fühlung miteinander nähmen. Es ließe sich die auf folgende Weise leicht und mit wenigen Mitteln arrangieren. Sofern mehrere Kameraden in einem engeren Bezirk wohnen, wählen sie sich aus ihrer Mitte einen Vertrauensmann, der die Kolportage des „Zimmerer“, der direkt an ihn expediert wird, übernimmt; außerdem hat dieser Vertrauensmann noch agitatorisch zu wirken, indem er die in seinem Wirkungskreis anfassigen indifferenten Kameraden zu uns herüberzieht, was ihm ja oft besser gelingen dürfte, als dem gewandtesten Gauleiter, der nicht mit allen Eigentümlichkeiten in den Gegenden seines Gaues vertraut sein kann. Zum mindesten kann der Vertrauensmann die indifferenten Kameraden insofern moralisch beeinflussen, daß sie sich nicht so leicht als Streikbrecher mißbrauchen lassen. Von merklichem Vorteil wäre dieses System bei Lohnbewegungen, die im Frühjahr zeitig hereinbrechen, man könnte durch Verbindung mit den betreffenden Vertrauensleuten, den Zugang leicht regeln und fernhalten. Auf jeden Fall ist diese ganze Frage diskutabel und eines näheren Eingehens wert. Da wir in der Zahlstelle Duisburg circa 30 bis 40 organisierte Kameraden haben, die den Winter zu Hause zubringen, so werden wir dieses System probeweise einführen; bewährt es sich, so ist es ein Schritt vorwärts, ist aber das Gegenteil der Fall, so muß es uns ein Ansporn sein, den Mißerfolg in einen Erfolg umzuwandeln. Nicht allein hier, sondern auch in anderen Städten werden ähnliche Verhältnisse bestehen, und eine Regelung durch die Gesamtheit ist einheillicher und nutzbringender als jede andere. Mögen wir hier auch dieser Sache vielleicht zu optimistisch gegenüberstehen und sie überschätzen, in unserem Gewerkschaftsleben gilt doch stets der Grundsatz: „Nicht die Kraft an den Zielen messen, sondern die Ziele an der Kraft“, und dieses tun auch wir. Am 22. November fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Fromm-Essen in sachlicher Weise über den Stand unserer Organisation referierte. Unsere Zahlstelle besitzt circa 140 Mitglieder, ungefähr 80 mehr gegen dieselbe Zeit des Vorjahres. Arbeitsgelegenheit bis jetzt reichlich vorhanden.

**Erfurt.** Am 13. November fand im „Goldenen Schwaan“ unsere Monatsversammlung statt, die sich eines recht guten Besuchs erfreute. Zunächst wurde die Abrechnung vom Streit berlesen und anerkannt. Hierauf wurde beraten über die Stellungnahme zu denjenigen Mitgliedern, die dem Beschlusse, betreffend die Extrabeiträge während und nach dem Streit, bisher nicht nachgekommen sind. Ein Antrag, die Beiträge innerhalb 14 Tage durch die Kolportage einzuziehen zu lassen, fand Annahme. Eine lebhafteste Aussprache entspann sich bei der Regelung des Lokalfonds. Im Hinblick darauf, daß durch den Streit unser Lokalfonds stark in Anspruch genommen worden ist, und um denselben wieder auf die erforderliche Höhe zu bringen, wurde beschlossen, auch während der beitragsfreien Zeit einen wöchentlichen lokalen Beitrag von 15  $\text{M}$  zu erheben. Zum Auszahler der Reiseunterstützung wurde Kamerad Krauthaus gewählt. Den reisenden Kameraden wird ein Zuschuß von 25  $\text{M}$  aus der Lokalkasse bewilligt. Zum Schluß wurden  $\text{M}$  50 für die Crimmitschauer Ausgesperrten bewilligt.

**Fraustadt.** Zum 20. November hatte der Verband der christlichen Gewerkschaften durch seinen Sekretär Haffe aus Posen eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung im Lokal des Herrn A. Walter arrangiert. An derselben nahmen Kamerad Schmidt und Kollege Köbler aus Breslau teil, die rechtzeitig von dieser Veranstaltung Kenntnis erhalten hatten. Der Einberufer hatte vornehmlich die Polizei eingeladen; auch die Geistlichkeit war vertreten. Das Referat hatte Sekretär Haffe übernommen. Er versuchte, den Anwesenden klar zu machen, unter welchen mühseligen Umständen das Kind eines Arbeiters erzogen würde. Das teilte er in vier Zeitabschnitte ein, und zwar vom 1. bis 14., vom 14. bis 20., vom 20. bis 30. und vom 30. bis 50. Lebensjahr. Wer über 50 Jahre alt werde, müsse von den Kindern unterstützt werden, das müsse oberster Grundsatz sein. In seinen weiteren Ausführungen kam Redner auf die Verkürzung der Arbeitszeit, wie auch auf den Bauarbeiterzuschuß zu sprechen. Wollte zwei Stunden währte sein Vortrag, ohne daß er bei seinen Zuhörern genügende Klarheit geschaffen hätte. In der Diskussion ergriß sodann Kamerad Schmidt das Wort, der die Ausführungen des Redners arg zerpflückte. Besonders wies er darauf hin, daß die einfache Behauptung, die Kinder müßten ihre Eltern, wenn diese das 50. Lebensjahr überschritten hätten, unterstützen, leicht aufzustellen sei. Es komme jedoch darauf an, ob sie dazu unter den heutigen Verhältnissen in der Lage seien; und das bestreite er entschieden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen seien durchweg so minimal, daß sie zur Erhaltung des eigenen Lebens kaum ausreichen, noch viel weniger zur Unterstützung der Eltern. Erst müsse die Lebenshaltung der Arbeiter überhaupt gehoben und dafür gesorgt werden, daß der Arbeiter nicht schon mit 50 Jahren auf Almosen angewiesen sei. Zum Schluß forderte er die anwesenden Maurer und Zimmerer auf, sich ihren Zentralverbänden anzuschließen, wo allein ihre Interessen vertreten würden. Nachdem noch Kollege Köbler den christlichen Apostel gehörig abgefertigt hatte, sah der letztere wohl ein, daß seine Bemühungen hier vergeblich seien und ohne die geringste Veranlassung zu haben, schloß er die Versammlung. Der anwesende Kaplan zog ebenfalls unberichtet Sache von dannen. Ein Erfolg war also nicht erzielt. Es kam wieder eine Zahlstelle zu stande, noch ließen sich Mitglieder aufnehmen.

**Friedrichshagen.** Am 17. November fand unsere Mitgliederversammlung statt, die wiederum recht schwach besucht war. Ein Antrag, den ersten Punkt der Tagesordnung: „Sterbeunterstützung und Beerdigungsweisen“ nochmals zu vertragen, wurde abgelehnt. Es wurde sodann in die Beratung des Entwurfs eingetreten und derselbe in nachstehender Fassung angenommen: 1. Die Zahlstelle Friedrichshagen gewährt den

Mitgliedern des Zentralverbandes bei einjähriger Mitgliedschaft ein Sterbegeld von  $\text{M}$  20, steigend mit jedem Jahre um  $\text{M}$  6 bis zu einem Höchstbetrage von  $\text{M}$  60. 2. Vorbedingungen zum Empfang des Sterbegeldes sind, daß sämtliche Verbandsbeiträge inkl. der im Protokoll festgesetzten Strafen bis zum Tode bezw. Erkrankung bezahlt sind. 3. Sind keine Angehörigen vorhanden, so übernimmt die Zahlstelle Friedrichshagen die Beerdigung selbst. 4. Die hiesige Zahlstelle übernimmt die kameradschaftliche Beerdigung, bestehend aus einer Kranzspende, Trauermusik und Ehrenfolge. 5. Gehört jedoch ein Mitglied dem Zimmerergewerk oder einem anderen Verein oder Kasse an, wo ähnliche Bestimmungen schon vorhanden sind, betrifft Trauermusik und Beerdigung, so tritt mit dem Vorstand zu unterhandeln und das Ergebnis nach Uebereinkunft zu regeln. 6. Alle in den lokalen Bestimmungen festgesetzten Unterstüßungen sind freiwillige und steht den Mitgliedern ein klagbares Recht nicht zu. 7. Alle vorstehenden Rechte haben auch diejenigen Kameraden, welche auf Grund des § 8 Absatz 3 des Verbandsstatuts von Beiträgen befreit sind. 8. Alle Gelder betreffs Sterbefälle sind aus dem dazu angelegten Fonds zu decken. 9. Denjenigen Mitgliedern, die noch kein Jahr der Zahlstelle angehören, ist ein Sterbegeld durch Versammlungs- oder Vorstandsbeschuß zu gewähren, jedoch darf dasselbe  $\text{M}$  20 nicht übersteigen. 10. Das Ehrengeld besteht aus sechs Mitgliedern und sind selbige der Reihe nach alphabetisch zu bestellen. 11. Nichterheinen eines Mitgliedes wird mit  $\text{M}$  2 bestraft, wenn nicht ein Vertreter gefordert wird. 12. An einer Beerdigung hat stets ein Vorstandsmittglied teilzunehmen. — Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde von verschiedenen Kameraden die Unordnung auf den hiesigen Zimmerplätzen getadelt. Es wurde beantragt, Plagdeligierte zu wählen, die für die Beseitigung der Mißstände zu sorgen hätten. Dieser Antrag wurde wegen des schwachen Besuchs vertagt. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß eine Anzahl Kameraden mit ihren Verpflichtungen arg im Rückstande seien. Die Mitglieder müßten energisch dahin wirken, daß die Beiträge pünktlicher eintrüben würden. Zur nächsten Versammlung soll eine Hausagitation vorgenommen werden. Nach Erledigung einiger Punkte wurde die Versammlung geschlossen.

**Iserlohn.** Eine ansehnliche Mitgliederversammlung, die gut besucht war, fand am 17. November statt. Nachdem das Protokoll berlesen und genehmigt war, wurde die Abrechnung vom dritten Quartal berlesen und anerkannt. Der Vorsitzende machte hierauf auf die Wahl des Gesellenausschusses aufmerksam. Eine rege Beteiligung der organisierten Kameraden sei notwendig, um den unterseits aufgestellten Kandidaten Bör und Deutel zur Wahl zu verhelfen, da bisher im Gesellenausschuß nicht ein einziger organisierter Zimmerer vertreten sei. Hierauf wurde die Wahl eines Auszahlers der Reiseunterstützung vorgenommen. Zum Schluß ermächtigte der Vorsitzende die Anwesenden zur eifrigen agitatorischen Tätigkeit, damit auch in Iserlohn bald bessere Zustände geschaffen würden. Mit einem Hoch auf die Organisation erfolgte Schluß der Versammlung.

**Leipzig.** Eine sehr stark besuchte öffentliche Zimmerer-versammlung ließ sich am 24. November im „Römischen Hof“ Bericht erstatten von der Lohnkommission über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und nahm Stellung zu dem Antrag des letzteren, den jetzt gültigen Lohn- und Arbeitsvertrag auf weitere zwei Jahre zu verlängern. Nach eingehender Debatte, in welcher sich die meisten Redner für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8½ Stunden und 65  $\text{M}$  Stundenlohn ausgesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 24. November, im Saale des „Römischen Hofes“ tagende öffentliche Versammlung der Zimmerer Leipzigs und Umgegend erkennt an, daß ein Stundenlohn von 65  $\text{M}$  unter den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen noch keineswegs als ausreichend bezeichnet werden kann; sie erklärt sich jedoch vorläufig mit den von der Kommission angebahnten Verhandlungen einverstanden, mit der Voraussetzung, daß von der Kommission auch diesmal eine bindende Zusage den Arbeitgebern gegenüber nicht gemacht werden darf und somit die weiteren Schritte einer öffentlichen Versammlung überlassen bleiben.“ Den Bericht über die statistischen Aufnahmen des Bauarbeiterzuschuß betreffend erstattete Kamerad Laich und ersucht die Kameraden, mehr als bisher darauf zu sehen, daß die winzigen Bestimmungen die wir haben, besser eingehalten werden. In der sich hieran anschließenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß die Kontrolle, wie sie jetzt von seiten der Behörden ausgeübt werde, vollständig unzureichend sei, um die Schutzbestimmungen ernstlich zur Durchführung zu bringen und eine wirksame Abhilfe nur zu erwarten sei, wenn Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen angestellt würden. Eine dahingehende Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Gewerkschaftliches“, wurde zunächst auf den Kampf der Legitimatoren in Crimmitschau hingewiesen und den Ausgesperrten in zwei Raten  $\text{M}$  100 bewilligt, sowie die Anwesenden ersucht, auf allen Plätzen dafür Sorge zu tragen, daß der Beschluß der Volksversammlung, pro Woche 50  $\text{M}$  zu Gunsten der Ausgesperrten zu steuern, zur Durchführung gelange. Von einem Schreiben, worin ersucht wird, daß sich alle Angehörigen der Gewerkschaftler, soweit sie in kaufmännischen Geschäften tätig seien, nur dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen anschließen mögen, wurde Kenntnis genommen. Nachdem noch Kamerad Kose darauf aufmerksam gemacht hatte, daß bis zum 5. Dezember die Bücher in Ordnung zu bringen sind und jeder dahin wirken möge, daß alle Versammlungen für die Zukunft so gut besucht würden, wie die heutige, erfolgte Schluß.

**Zwöden.** Am 13. November fand eine Mitglieder-versammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Nach Verlesung des Protokolls erstattete die Lohnkommission Bericht über die Lohnfrage für das nächste Jahr. Im zweiten Punkt wurde die Verschmelzung unserer Zahlstelle mit der Zahlstelle Gera beraten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Zahlstelle Zwöden als selbständige Zahlstelle aufzulösen und als Bezirkszahlstelle an Gera anzugliedern. Bis zum Jahresschluß soll die Geschäftsführung wie bisher erfolgen. Alles Inventar bleibt Eigentum der Bezirkszahlstelle Zwöden. Unser diesjähriges Stiftungsfest soll in Gestalt eines Familienabends abgehalten werden. Mit den nötigen Vorarbeiten wurde eine dreigliedrige Kommission beauftragt. Den Crimmitschauer Webern und den Liebshwitzer Spinnern wurde als zweite Rate eine Unterstützung von  $\text{M}$  6 bewilligt.

### Vermischtes.

**Hamburger Einunddreißiger Praktiken.** Am 7. und 8. Oktober d. J. fand in Hamburg die Innungsgesellen-Auswahlwahl statt. Die Einunddreißiger glaubten denselben in ihre Hände zu bringen, um den Innungsstrauern ihr Wohlwollen zu demonstrieren, wie das ihr Anführer Schnack in früheren Jahren getan hat, so daß er nicht wieder aufgestellt werden konnte. Genug, die Einunddreißiger stellten neben ihrem Schnack noch einige andere aus ihren Reihen auf. Das Stimmverhältnis war mittlerweile folgendes: Gewählt wurden vom Zentralverband der Maurer E. Stieber mit 400 Stimmen, vom Zentralverband der Zimmerer A. Holtz mit 402 Stimmen, vom Zentralverband der Steinmeyer E. Kühne mit 408 Stimmen. Von den Einunddreißigern wurden abgegeben für Schnack eine Stimme, für Schlüter vier, Will sechs und Menckhard zwei Stimmen. Als Ersatzmänner wurden gewählt: W. Koch, J. Liebmann, W. Rosente, W. Agrens und E. Saal, die den in Betracht kommenden Zentralverbänden angehören. Die Einunddreißiger sind also nach Verdienst durchgefallen. Nachdem haben diese Marodeure ein Schreiben an die Innung gerichtet, das wie folgt lautet:

„Die Mitglieder des Lokalvereins der Zimmerer stehen prinzipiell auf dem Standpunkt, daß es, um den möglichen und notwendigen Frieden im Gewerbe herbeizuführen, erforderlich ist, daß die jeweiligen Lohn- und Arbeitsbedingungen von den im Verufe bestehenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen in gewissen Zeitabschnitten gemeinschaftlich festgelegt werden. Da diese Voraussetzungen zur Zeit jedoch nicht bestehen, sondern nach dem Statut der „Bauhütte“ der Gesellenausschuß als Vermittlungsglied in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Meistern und Gesellen zu fungieren hat, ersuchen die Unterfertigten die Baugewerks-Innung „Bauhütte zu Hamburg“ ihr Statut dahingehend einer Revision zu unterziehen, daß erstens für die Zukunft es jedem Maurer und Zimmerer Hamburgs ermöglicht wird, an der Wahl des Gesellenausschusses teilzunehmen, zweitens die Wahl des Gesellenausschusses derartig arrangiert werden muß, daß, um Majorisierungen vorzubeugen, jeder betreffende Beruf seine Kandidaten selbständig zu wählen hat, drittens die Bekanntmachung des Wahltermins mindestens 14 Tage vorher in der Presse zu erfolgen hat und viertens die Proklamierung der Kandidaten durch allgemeine Berufsversammlungen zu betwerfstelligen ist.“

Die Einunddreißiger stehen also „prinzipiell auf dem Standpunkt, . . . den möglichen und notwendigen Frieden im Gewerbe herbeizuführen“. Das Geständnis ist Geld wert. Wenn die Innungsmeister die ihnen so bereitwillig dargebotene Hand nun noch nicht ergreifen, dann wird man ja wohl annehmen dürfen, daß sie den „möglichen und notwendigen Frieden“ nicht wollen. Wie bequem es doch die Hamburger Innungsmeister haben! Ihre Scharfmacherkollegen in Bromberg arbeiten mit Hochdruck, im Gegensatz zu unserer Verbandszahlstelle eine Organisation vom Schlage der Hamburger Einunddreißiger zu stande zu bringen, und hier bieten Leute freiwillig ihre Handlangerdienste an. Ob die Hamburger Innungsmeister bald so vernünftig werden, den „Partei-genossen“ und „Revolutionär“ im Schlafrock, den einstmaligen Innungsaltsgefellenschnack bei seinen arbeiterverräterischen Manipulationen zu unterstützen? Wer weiß!

Aber auch anderen Kreisen könnte das Geständnis der Einunddreißiger, daß sie „prinzipiell auf dem Standpunkt stehen, den möglichen und notwendigen Frieden im Gewerbe herbeizuführen“, die Augen öffnen. Wir verstehen es wahrhaftig nicht, daß das „Hamb. Echo“ alles unbedenken und kritiklos in seine Spalten aufnimmt, was ihm von diesen freiwilligen Handlangern der Innungsmeister zugeschickt wird. So lautet ein in Form eines Berichts — über die Versammlung der Einunddreißiger vom 8. Oktober — gehaltener Sermon wörtlich:

„Dann wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach die Mitglieder der Lokalvereinigung, falls die Arbeitgeber die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und 70  $\text{M}$  Stundenlohn zu hintertreiben versuchen würden, samt und sonders in den vorersteren Reihen im Kampfe stehen würden. Anzeichen, daß die Arbeitgeber diesen Versuch machen würden, lägen nicht vor; im übrigen sprächen alle Momente, welche zum nächsten Frühjahr dafür in Frage kämen, dagegen. Schon allein der Umstand, daß noch mehrere baugewerbliche Berufe die neunstündige Arbeitszeit bewilligt, sei Grund genug, anzunehmen, daß derartige Absichten nicht beständen. Wie dem aber auch sei, die Mitglieder des Lokalvereins würden auf jeden Fall ihren Mann stellen, trotz alledem.“

Das ist dieselbe Taktik, womit Schnack, als unser Zahlstellenvorsitzender, nach der Bewegung von 1900 die Zimmerer Hamburgs beraten hat, so daß sie 1902 nicht das früher Versprochene bekamen, sondern vor dem Kampfe standen, der 1903 fortgesetzt werden mußte, und welcher von den Innungsmeistern das Versprechen erzielte, 1904 endlich das 1900 Versprochene, nämlich die neunstündige Arbeitszeit und 70  $\text{M}$  Stundenlohn, einführen zu wollen. Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß mit den Schnackischen Phrasen die Hamburger Zimmerer von neuem eingefesselt werden sollen. Wir sind der Meinung, das könnte auch das „Hamburger Echo“ wissen und deshalb etwas Vorsicht obwalten lassen.

### Polizeiliche Scherereien in Elze in Hannover.

Unter außerordentlichen Schwierigkeiten ist die Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes in Elze vor sich gegangen. Schon einmal, und zwar in Nr. 40 des „Zimmerer“, berichteten wir über das Vorgehen der dortigen Polizei, die die erste Versammlung zu hintertreiben wußte aus „haupolizeilichen Gründen“. Unsere Kameraden gaben jedoch die Hoffnung nicht so leicht den Herzens auf, sondern beriefen abermals eine öffentliche Zimmerer-versammlung ein. Die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung wurde dem Einberufer zugestellt und schon glaubte man aller Sorgen enthoben zu sein, doch ein Zimmerer denkt, und der Herr Landrat lenkt. Zu der angeführten Stunde, als die Versammlung beginnen sollte, erschien ein Gendarm, und erklärte, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfte. Unsere Kameraden versuchten nun nochmals ihr Heil, indem sie nicht eine öffentliche, sondern eine Mitglieder-versammlung des Bezirks Elze, der Zahlstelle Gildesheim, arran-

gierten. In Betracht kamen etwa 12 Mitglieder. Auch dieses Mal wurde die Ummelbescheinigung erteilt, dem Wirt jedoch bei 100 Geldstrafe verboten, sein Lokal zu der Abhaltung der Versammlung herzugeben. Während das erste Mal ein Gendarm genügte, die Abhaltung der Versammlung zu verhindern, waren jetzt deren zwei erschienen, die, als sie sahen, daß unsere Kameraden von ihrem Vorhaben Abstand nahmen, sich in der Haustür postierten und erst auf wiederholtes Drängen der Wirtin zu bewegen waren, diesen Platz zu verlassen. Es schien somit die Gründung einer Zahlstelle unmöglich zu sein. Doch Not macht erfinderisch. Unsere Kameraden veranstalteten nun eine Hausagitation, und hierdurch gelang es ihnen, die Zimmerer in Eile für den Verband zu gewinnen. — Auch hier hat sich wieder gezeigt, daß, wo ein Wille ist, sich auch ein Weg findet. Wir wünschen der Zahlstelle ein gutes Gedeihen!

**Lohnstatistik aus der Zahlstelle Krefeld.** Das Ergebnis einer am 14. November aufgenommenen Lohnstatistik über die Höhe der gezahlten Stundenlöhne sowie die Zugehörigkeit zum Verbands ist in nachstehender Tabelle veranschaulicht. Der Durchschnittslohn stellt sich demnach auf 47,8  $\text{M}$ .

Name des Unternehmers	Beschäftigte Zimmerer	Stundenlöhne in Pfennigen und Anzahl der Zimmerer, welche dieselben erhielten:											Summe der Verdienste an dem Verbands			
		40	42	44	46	47	48	50	51	52	53	55		57	60	
Gönen	3			1				2								2
Floeren	3							2			1					2
Graf	1			1												
Itzen	7			2												7
Korsten	1			1				3			1		1			1
Küller	1			1												
Rücker	4			1	2						1					
Radtke	4							3	1							4
Mosig	22	2		8	15						1	1				19
Berow	11		1	1	3	2	1	2				1				10
Bäcker	2			2												
Mings	4			4												1
Schröder	7					5		1		1						4
Grün & Wifinger	18			5				12		1						11
<b>Summe</b>	<b>88</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>20</b>	<b>5</b>	<b>22</b>	<b>1</b>	<b>25</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>61</b>

**Statistisches aus der Zahlstelle Einbeck.** Eine am 28. November vorgenommene Erhebung über die Zahl der am Orte arbeitenden Zimmerer ergab folgendes: Es wurden 88 Gesellen ermittelt. Nachstehende Tabelle zeigt, wie sich die Zimmerer auf die einzelnen Plätze verteilen, welche Stundenlöhne gezahlt werden und wieviel dem Verbands angehören.

Name des Unternehmers	Beschäftigte Zimmerer	Stundenlöhne in Pfennigen und Anzahl der Zimmerer, welche dieselben erhielten:											Summe der Verdienste an dem Verbands			
		28	25	27	28	29	30	31	32	33						
Dücker	5					5										4
Möte	5					1	2					1				3
Mühlbach	15	1	1			2	1	3	1	6						6
Schulter	12		1	1			2	1	4	8						11
Schramm	1								1							
<b>Summe</b>	<b>88</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>7</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>10</b>	<b>1</b>	<b>24</b>						

Der Organisation gehören ferner noch 3 auswärts beschäftigte und 2 zur Zeit der Erhebung arbeitslose Zimmerer an. Daraus ergibt sich, daß die hiesige Zahlstelle einen Bestand von 94 Mitgliedern hat.



### Baugewerbliches.

**Risiko der Bauarbeiter.** In Koblenz stürzte am 21. November der Zimmerer E. Franke beim Neubau des Offizierskasinos in der Bahnhofstraße infolge Rutschens der Leiter beim Klippen des Dachstuhls ab. Er fiel aus einer Höhe von acht Meter auf die untere Abdeckung, trug aber so schwere Verletzungen davon, daß seine Aufnahme in das Krankenhaus notwendig wurde.

In Cassel verunglückte am 17. November der 23-jährige Zimmerergeselle Wilh. Brandau von Niebertaufungen dadurch, daß er von einem hoch mit Holz beladenen Wagen herabstürzte. Er trug eine schwere Körperverletzung davon und wurde in das Landkrankenhaus gebracht.

In Junsbrück ist am 16. November der Zimmermann Max Kleibl von Zellberg beim Wiederaufbau eines jüngst abgebrannten Stabels in Gefährdung verunglückt. Beim Behauen von Holzern glitt das Bein ab und drang ihm in das Bein.

**Neubau- und Gerüstestürze.** Aus Essen wird berichtet: Der am 21. November hier und in der nächsten Umgebung wütende Sturm hat manchem Unternehmer schweren Schaden zugefügt. So hat er z. B. in Mittenheid an einem eben von den Zimmerleuten verlassenen Bau den Dachstuhl wie auch den Giebel umgeworfen. Menschenleben sind zum Glück nicht in Gefahr gewesen.

Von demselben Schicksal wurde in Essen-West eine eben gerichtete Regelbahn ereilt; auch diese muß von neuem aufgebaut werden.

**Mißstände auf Bauten.** Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Die Mißstände auf den Bauten hierorts nehmen anstatt ab, noch zu. So erregt z. B. der Neubau des Herrn Köppen in Neumühl selbst bei vorübergehenden Passanten einen mißbilligenden Eindruck. Die Maurerarbeiten werden ausgeführt von einem Bauunternehmer Schmidts aus Hamburg, der auch für das Abdecken Sorge zu tragen hat. Die

Abdeckung ist aber so mangelhaft und unvorschriftsmäßig, daß die dort beschäftigten Maurer, Zimmerer und Handwerker bei der Ausführung ihres Berufes in steter Furcht leben, bei einem Fehltritt direkt in den Keller — aus einer Höhe von elf Metern — abzufallen. Die Abdeckung der ersten Balkenlage fehlt vollständig. Da Mauerwerk ist an verschiedenen Stellen so mangelhaft ausgeführt, daß die Zimmerleute in steter Angst, mit demselben zusammen zu fallen, ihr Holzgerüst aufschlagen müssen. Hier wäre es Pflicht der hiesigen Baupolizei, einzugreifen, und diesem Spiel mit Menschenleben Einhalt zu gebieten.

Was die Baubude anbetrifft, so ist dieselbe aus Brettern zusammengeschlagen, ohne Fenster. Der Flächeninhalt beträgt ungefähr zwölf Quadratmeter, und dieser Raum, nebenbei ohne Fußboden, soll etwa 18 bis 24 Arbeitern in den Ruhepausen als auch bei vorübergehender ungünstiger Witterung Unterkunft gewähren. Außerdem wird in derselben noch Zement und sonstiges Material aufbewahrt. Einen Tisch weist die Baubude nicht auf, einen Ofen, der in dieser nassen, rauhen Jahreszeit doch gewiß notwendig ist, ebenfalls nicht. Unfallverhütungsvorschriften scheinen hier nicht zu existieren, ausgehängt sind mindestens keine, weder in der Baubude, noch sonst an einer anderen Stelle des Baues. Abort gibt es ebenfalls nicht. Die Arbeiter sind gezwungen, entweder den in der Nähe liegenden Bahnhofs-Abort zu benutzen oder ihre Bedürfnisse auf freiem Felde zu verrichten. Pflicht der organisierten Arbeiter ist es, energisch auf die Beseitigung dieser Uebelstände zu dringen.

**Das Technikum Streits** wird gegenwärtig von 520 Schülern besucht. In der Abteilung für Maschinenbau und Elektrotechnik sind 241, in der für Hochbau 201 und in der für Tiefbau 78 eingeschrieben. Das Lehrerkollegium setzt sich aus den hervorragendsten Kräften zusammen. Mit Beginn dieses Semesters ist auch Unterricht in der englischen und französischen Sprache eingeführt worden. Der Zweck ist hauptsächlich, die Schüler mit den technischen Ausdrücken der beiden fremden Sprachen vertraut zu machen.

### Aus den Unternehmerorganisationen.

Die fünfte Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes im Baugewerbe fand am 25. November im „Bürgermuseum“ in Stuttgart statt. Bürgermeister Barth-Stuttgart begrüßte die Erschienenen namens des Lokalverbandes Württemberg und schloß mit der Aufforderung, sich energisch zusammenzuschließen zur Wahrung der Standesinteressen.

Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Bericht über die diesjährigen Streiks im deutschen Baugewerbe. 3. Entziehung eines Arbeitsauschusses. 4. Neuwahlen. 5. Bericht über Arbeitsnachweise und Einführung von Entlassungsscheinen. 6. Rassenbericht. 7. Geschäftliches. 8. Wahl des Vorortes zur nächsten Generalversammlung.

Bunächst wurde nach kurzer Beratung beschlossen, die Presse zu den Verhandlungen zuzulassen.

Hierauf erstattete der Vorsitzende, Felsch-Berlin, den Jahresbericht. Er führte aus: Im Verlauf des Jahres seien dem Bunde 10 neue Ortsverbände beigetreten mit 289 Mitgliedern. Der Bund umfaßt nunmehr 8 Landesverbände und 97 selbstständige Ortsverbände, die 6365 Mitglieder zählen (im Vorjahre 5300). Eine Reihe von Ortsverbänden stellte ihren Anschluß in Aussicht. Es bestehen noch außerhalb des Bundes 82 Verbände mit etwa 1500 Mitgliedern. Neue Verbände sind in der Bildung begriffen. Die auf dem letzten Verbandstage in Leipzig gefaßten Beschlüsse hat der Vorstand des Bundes soweit wie möglich erledigt oder die Erledigung in die Wege geleitet. So wurden an den Bundesrat Eingaben bezüglich der Stärkung des Referendats (Unfallversicherungsgesetz), sowie die Erweiterung des § 128 Ziffer 5 der Reichsgewerbeordnung, betr. Tätlichkeiten der Arbeiter untereinander, rechtzeitig eingereicht, kamen jedoch im Reichstage nicht mehr zur Verhandlung. Die gestern Abend vorausgegangene Sitzung des Vorstandes hat beschlossen, diese Petitionen dem kommenden Reichstage zu unterbreiten. Der Antrag auf Aufhebung der Kontrolle durch Arbeiter bei Bauten wurde dem preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten übergeben. Die Fragen betr. Aufnahme der Streiklausel in die Bau- und Lieferungsverträge zc., sollen durch den zu ernennenden Geschäftsausschuss erledigt werden.

Die Frage, ob der Verband in das Vereinsregister aufgenommen werden könne, wurde von Rechtsgelehrten im allgemeinen bejaht, doch werden einige Satzungsänderungen nötig sein. An den Staatssekretär des Innern wurde die Bitte gerichtet, bei der Beratung der Kartellfrage auf Vertreter des Baugewerbes heranzuziehen. Dies ist zugesagt worden.

Auf die Streiks übergehend, führte Redner aus, dieselben seien infolge Heranziehung fremder Arbeiter in einer großen Anzahl Städte zu Gunsten der Arbeitgeber entschieden worden. Die Erfahrung lehre aber, daß die Heranziehung fremder Arbeiter immer schwieriger werde, da sich der Einfluß der Gewerkschaften immer mehr ausdehne. In vielen Fällen sei es den Arbeiterorganisationen gelungen, fremde Arbeiter wieder abzuföhren, das werde zukünftig noch viel mehr der Fall sein. Sehr vielfach seien Verhandlungen auch gescheitert, weil die betr. Lokalverbände (der Unternehmer) untereinander und mit dem Arbeitgeberbund zu wenig in Kontakt ständen. Ferner sollte davon abgesehen werden, zwecks Heranziehung fremder Arbeitskräfte in einheimischen Zeitungen zu annoncieren. Bedauerlich sei, daß eine große Anzahl Verbände die Fragebogen betreffs Heranziehung fremder Arbeiter unbeantwortet ließen, ja, daß sogar 23 Verbände es unterlassen hätten, ihre Mitgliederzahl anzugeben. Der Vorsitzende, Felsch, äußert seine persönliche Meinung dahin, daß der Deutsche Arbeitgeberbund noch lange nicht so stark sei, seine Interessen erschöpfend wahrnehmen zu können. Die Haupttätigkeit bei Streiks, Ausperrungen zc. müsse in die Lokalverbände verlegt werden. Das Hauptaugenmerk aber müsse darauf gerichtet sein, daß alle Verbände dem Bunde beitreten, dadurch allein erstärke der Bund. Solange noch eine so große Zahl Interessengruppen außerhalb stehe, nützten die besten Beschlüsse nichts, weil sie einfach nicht durchführbar seien. In dieser Beziehung könne vieles von dem Gegner gelernt werden.

Hierauf folgten die Berichte über den Verlauf der diesjährigen Arbeitseinstellungen im Baugewerbe durch die Ver-

treter aus den Streikorten. Die Gesamtzahl der Streiks und Ausperrungen beläuft sich, ungerichtet viele Ausperrungen seitens der Arbeiter einzelner Betriebe, auf 103 (gegen 85 im Vorjahre); hieran ist das Maurergewerbe mit 64 (59), das Zimmerergewerbe mit 89 (26) beteiligt. Außerdem sind 10 Streiks der Bauhilfsarbeiter zu verzeichnen.

Bunächst berichtete Naat-Dresden über die Arbeitseinstellungen in Dresden. Er betonte, daß mit der im Frühjahr dieses Jahres reger gewordenen Konjunktur auch die Streikbewegung im dortigen Baugewerbe eingeleitet habe. Die „Nachproben“ der organisierten Arbeiter seien immer zahlreicher geworden und so weit gegangen, daß sie von den Arbeitgebern verlangten, sämtliche Leute zu entlassen, die nicht organisiert seien. Demgegenüber hätten die Arbeitgeber auftreten müssen, was auch mit Erfolg geschah. Als sehr wichtig habe sich herausgestellt, daß, sobald ein Streik oder eine Sperre ausbräche, vom Bund sofort nach allen Richtungen hin an die Lokalverbände Mitteilung gemacht wird. Um diese umfangreiche Tätigkeit aber ausüben zu können, sei ein Arbeitsauschuss nötig. Was nun die abgeschlossenen Tarifverträge anlange, so seien bis jetzt gute Erfahrungen gemacht worden. Seit dieser Zeit seien die Mitgliedschaften des Bundes von 70 auf 118 gestiegen, das habe seine Ursache auch darin, daß diejenigen, welche nicht dem Arbeitgeberbund angehören, gezwungen waren, ihren Arbeitern höhere Löhne zu bezahlen. Im übrigen aber empfehle es sich nicht, es zu einem Streik kommen zu lassen, wenn man die Betriebe nicht allgemein schließen könne. Fremde Arbeiter erhielt Dresden genügend. Anderen Tags war aber nur noch ein Zehntel vorhanden. Ein Zumut ist erst entstanden, nachdem fremde Arbeiter ankommen. Thiemann-Cöln berichtete, daß in Cöln früher die Ansicht geherrscht habe, daß ein Streik am Platze einfach eine Unmöglichkeit sei. Aber die Zeiten hätten sich geändert, alle Städte des Rheinlandes seien mit einem kräftigen roten Baden durchzogen. In Cöln wurde in der Lohnbewegung die unterste Kategorie der Bauhandwerker, die Mauerer, vorgezogen, deren Forderungen abgelehnt wurden. Ihnen folgten die übrigen Branchen, worauf die Sperre verhängt wurde, von der 3-4000 Mann betroffen waren. Der mehrmaligen Aufforderung, das Gewerbegebiet als Einigungsamt anzurufen, sind wir nicht gefolgt, denn, so betonte der Redner unter dem scheinlichen Beifall der Versammlung, erklären wir uns damit einverstanden, dann ist der Sieg der Arbeitnehmer in den meisten Fällen gesichert. Daher empfehle es sich, einfach nicht darauf einzugehen. Trotz des Erfolges werde man in Cöln so leicht in keinen solchen Kampf eintreten, bevor nicht die Unternehmer der ganzen Umgebung organisiert seien. Aus diesem Grunde wurde bereits ein Rheinischer Provinzialverband ins Leben gerufen. Bemerkenswert sei, daß nach Auffassung der Bundesleitung während des Streitjahres keine Ausperrungen stattfinden dürfen, sondern Differenzen auf gutlichem Wege beigelegt werden sollen; demgegenüber bemerke er, daß der Vertrag mit der Innung abgeschlossen sei, der Arbeitgeberbund also freien Spielraum habe. Die Sozialdemokraten hätten sich in Dresden offen für den Umsturz erklärt; dagegen müsse aufgetreten werden im eigenen Interesse und im Interesse der „gut denkenden“ Arbeiter und des Vaterlandes. (Lebhafte Beifall.)

Gerster-Mainz, Weiß-Strasbourg berichteten in der Hauptsache nur über den Verlauf der einzelnen Streiks. Letzterer teilte mit, daß man grundsätzlich auf dem Standepunkte geblieben sei, keinen Tarifvertrag abzuschließen. Müller-Cassel forderte eine Aenderung in der Kampfesweise; man müsse die Ausperrungen im großen Maßstabe organisieren, indem man sie auf die ganze Provinz und die Nachbarprovinzen ausdehne. Die Lokalorganisation trete zunächst mit den Arbeitern in Unterhandlungen, berückichtige ihre Forderungen, wenn sie nicht unerfüllbar sind. Wenn die Arbeiter darauf nicht ein, dann los, und zwar im weitesten Umfange müßten die Ausperrungen erfolgen, nicht nur in der Provinz, sondern selbst die benachbarten Provinzen müssen davon berührt sein. Seien dann etwa 30 Städte davon betroffen, würden die Mittel der Arbeiterorganisationen ausgehen, und es sei ausgeschlossen, daß dann ein Streik länger als 14 Tage dauere. Die Arbeiter würden Respekt bekommen.

Lehmann-Bremen: Im Norden sind wir es bereits seit 12 bis 14 Jahren gewöhnt, alle Augenblicke Streiks zu haben, und wenn ich zu Hause komme, weiß ich nicht, ob schon wieder ein solcher ausgebrochen ist. Durch den Klempnerstreik seien sie gezwungen gewesen, sämtliche Bauarbeiter auszusperrn; die Klempner hätten die sozialdemokratische Forderung des Achtstundentages aufgestellt; dies mußte mit aller Energie bekämpft werden. Wir haben auf einen Abend sämtliche Arbeitgeber der Baubranchen zusammenberufen und den Saal abgeschlossen; wer nicht in den Bund eintreten wollte, mußte sofort raus, und so haben wir es von 147 auf 680 Mitglieder gebracht. Redner empfiehlt den übrigen Verbänden ebenfalls ein solches Vorgehen.

Lehmann-Bremen: Im Norden sind wir es bereits seit 12 bis 14 Jahren gewöhnt, alle Augenblicke Streiks zu haben, und wenn ich zu Hause komme, weiß ich nicht, ob schon wieder ein solcher ausgebrochen ist. Durch den Klempnerstreik seien sie gezwungen gewesen, sämtliche Bauarbeiter auszusperrn; die Klempner hätten die sozialdemokratische Forderung des Achtstundentages aufgestellt; dies mußte mit aller Energie bekämpft werden. Wir haben auf einen Abend sämtliche Arbeitgeber der Baubranchen zusammenberufen und den Saal abgeschlossen; wer nicht in den Bund eintreten wollte, mußte sofort raus, und so haben wir es von 147 auf 680 Mitglieder gebracht. Redner empfiehlt den übrigen Verbänden ebenfalls ein solches Vorgehen.

Lehmann-Bremen: Im Norden sind wir es bereits seit 12 bis 14 Jahren gewöhnt, alle Augenblicke Streiks zu haben, und wenn ich zu Hause komme, weiß ich nicht, ob schon wieder ein solcher ausgebrochen ist. Durch den Klempnerstreik seien sie gezwungen gewesen, sämtliche Bauarbeiter auszusperrn; die Klempner hätten die sozialdemokratische Forderung des Achtstundentages aufgestellt; dies mußte mit aller Energie bekämpft werden. Wir haben auf einen Abend sämtliche Arbeitgeber der Baubranchen zusammenberufen und den Saal abgeschlossen; wer nicht in den Bund eintreten wollte, mußte sofort raus, und so haben wir es von 147 auf 680 Mitglieder gebracht. Redner empfiehlt den übrigen Verbänden ebenfalls ein solches Vorgehen.

Lehmann-Bremen: Im Norden sind wir es bereits seit 12 bis 14 Jahren gewöhnt, alle Augenblicke Streiks zu haben, und wenn ich zu Hause komme, weiß ich nicht, ob schon wieder ein solcher ausgebrochen ist. Durch den Klempnerstreik seien sie gezwungen gewesen, sämtliche Bauarbeiter auszusperrn; die Klempner hätten die sozialdemokratische Forderung des Achtstundentages aufgestellt; dies mußte mit aller Energie bekämpft werden. Wir haben auf einen Abend sämtliche Arbeitgeber der Baubranchen zusammenberufen und den Saal abgeschlossen; wer nicht in den Bund eintreten wollte, mußte sofort raus, und so haben wir es von 147 auf 680 Mitglieder gebracht. Redner empfiehlt den übrigen Verbänden ebenfalls ein solches Vorgehen.

Lehmann-Bremen: Im Norden sind wir es bereits seit 12 bis 14 Jahren gewöhnt, alle Augenblicke Streiks zu haben, und wenn ich zu Hause komme, weiß ich nicht, ob schon wieder ein solcher ausgebrochen ist. Durch den Klempnerstreik seien sie gezwungen gewesen, sämtliche Bauarbeiter auszusperrn; die Klempner hätten die sozialdemokratische Forderung des Achtstundentages aufgestellt; dies mußte mit aller Energie bekämpft werden. Wir haben auf einen Abend sämtliche Arbeitgeber der Baubranchen zusammenberufen und den Saal abgeschlossen; wer nicht in den Bund eintreten wollte, mußte sofort raus, und so haben wir es von 147 auf 680 Mitglieder gebracht. Redner empfiehlt den übrigen Verbänden ebenfalls ein solches Vorgehen.

Hierauf folgten die Verhandlungen zwecks Errichtung eines Arbeitsauschusses, wozu folgende Anträge vorlagen. Seitens der Arbeitgeberverbände der Provinz Brandenburg wurde beantragt:

Zur Entlastung des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe einen Arbeitsauschuss bezügl. Bezirksauschuss einzurichten, der bei Eintritt von Arbeits-

einstellungen mitwirkend eingreift und den betroffenen Ortsverband durch eine geeignete Persönlichkeit direkt unterstügt.

Sodann beantragte zu der gleichen Frage der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten:

„Die Generalversammlung wolle beschließen: Zur Verbesserung der Geschäftstätigkeit, insbesondere zu einer regen Initiative des Bundes wird ein geschäftsführender Ausschuss eingesetzt. Dieser soll aus dem Vorstehenden und möglichst aus Vertretern größerer Verbände bestehen und vierteljährlich einmal zusammentreten.“

Dieser Antrag wurde vom Vorstand empfohlen und folgende Zusammensetzung des Arbeitsausschusses vorgeschlagen: Außer dem Vorstehenden und stellvertretenden Vorstehenden des Bundes sollen vertreten sein Berlin, der Provinzialverband Brandenburg, Hamburg, München, Leipzig, sowie — nach einem Antrag aus der Versammlung — der Mitteldeutsche Arbeitgeberbund mit dem Sitz in Frankfurt. Die Anträge wurden angenommen. Hierauf wurden die Beratungen auf einige Zeit abgebrochen.

Nach einer fünftägigen Pause wurden die Verhandlungen wieder fortgesetzt.

Es folgten zunächst die Beratungen über Errichtung von Arbeitsnachweisen und Einführung von Entlassungsscheinen. Der Referent, Maurermeister W. Lummer-Hamburg, führte aus: Auf eine Anregung des Vier-Städte-Bundes Hamburg-Altona-Bandsbed-Harburg in der letzten Generalversammlung seien vom Bundesvorstand nachstehende Anträge beschlossen worden:

A. Betreffend Errichtung von Arbeitsnachweisen. „1. Es sind unparitätische Arbeitsnachweise erstrebenswert. 2. Es ist wünschenswert, daß alle Arbeitnehmer durch den Arbeitsnachweis bezogen werden. In großen Städten wird man jedoch nachgeben müssen, daß Arbeitgeber die Leute direkt annehmen können, daß sie hiervon aber dem Arbeitsnachweis Mitteilung zu machen haben. 3. Die Arbeitsnachweise müssen die Verpflichtung übernehmen, keine Leute aus Streik- oder Sperrorten einzustellen. Die Legitimation der Leute müssen genau geprüft werden.“

B. Betreffend die Einführung von Arbeitszeugnissen. „Mein Arbeitgeber des Baugewerbes darf einen Arbeiter entlassen, ohne ihm das gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeugnis auszuhandigen. Jeder Arbeitgeber des Baugewerbes hat die Pflicht, nur solchen Arbeitnehmer einzustellen, welcher im Besitze eines Arbeitszeugnisses (§ 113 der G.-O.) über seine letzte Beschäftigung ist.“

Die Bauhandwerker mußten, führte Medner aus, an die organisatorische Arbeit gewöhnt werden, ohne dies sei es unmöglich, ans Ziel zu gelangen. Nur die unparitätischen Arbeitsnachweise führen dahin. Durch die Ausbreitung der Organisationen der Arbeiter sei jeder, auch der arbeitswillige Arbeiter, gezwungen, in die Organisation einzutreten, weil er sonst keine Arbeit finden würde. Durch die Einrichtung der unparitätischen Arbeitsnachweise erhalten auch diese Leute Arbeit. Es müsse daher darauf gedrungen werden, daß diese Einrichtung an allen Orten zur Einführung gelange, damit die Arbeitswilligen vor den „giftigen Einflüssen“ ihrer organisierten Kollegen geschützt sind. Da Leute nur von Arbeitgebern eingestellt werden, so sei es ganz gerechtfertigt, daß die Arbeitsnachweise in den Händen der Arbeitgeber sind, damit sich diese ihre Leute genau ansehen können. Auf diese Art sei es möglich, die Agitatoren von den Arbeitsplätzen fern zu halten. Ferner müsse darauf gesehen werden, daß allgemeine Arbeitszeugnisse eingeführt werden. Dadurch lerne man seine Leute kennen. Er bitte dringend um Annahme beider Resolutionen, denn beide gehören zusammen und seien geeignet, den Streiks und Sperren die Spitze zu nehmen.

Wauer-Magdeburg (?) ist derselben Ansicht; die Verhältnisse in Hannover haben gezeigt, daß Entlassungsscheine unbedingt gefordert werden müssen; dann wisse man auch, wozu Geistes Kind der Arbeitstuchende sei. Wenn die Noten ihre Wände beim Parteitag auch rüchichtslos ausgewunden hätten, so seien sie doch einig, sobald es gegen die Arbeitgeber gehe.

Müllerer-Augsburg kann sich nur dann damit einverstanden erklären, wenn diese Arbeitszeugnisse nicht obligatorisch sind, da die süddeutschen Verhältnisse eben noch anders geartet seien.

Melm-Stettin preist die Arbeitszeugnisse als unerlässlich, ebenso die unparitätischen Arbeitsnachweise. Dadurch können die unflüchtigen Arbeiter fern gehalten werden.

Veymann-Bremen empfiehlt Zwangsimmungen, wie solche in Hannover bestehen. Dadurch sei ein vorzüglicher Arbeitsnachweis geschaffen; man könne per Telephon von Augsburg aus sich über einen Stellen erkundigen.

Ein weiterer Medner wünscht noch den Nachtrag zum Arbeitszeugnis: „Inhaber war Mitglied der Krankenkasse H. M.“ Der Vorstehende, Felsich, dieses abzulehnen; dadurch werde die Einführung des Arbeitszeugnisses erschwert. Schoedel-Magdeburg erklärte sich auch gegen die Arbeitsnachweise der Verbände. Diese weisen uns Arbeiter zu, die wir nicht wollen, deshalb sollten die unparitätischen Arbeitsnachweise errichtet werden, solange wir noch die Macht dazu haben.

Die Anträge A und B werden mit großer Majorität angenommen.

Den Kassenbericht erstattete Maurer- und Zimmermeister C. Jurtz-Brandenburg. Die Einnahmen betragen vom 1. Januar bis 5. November insgesamt M 24 673,43, die Ausgaben M 17 627,81. Bestand am 5. November 1903 bar M 7046,65, in Wertpapieren M 25 110. Der Voranschlag für das nächste Jahr im Betrage von M 11 600 wurde jedann einstimmig angenommen. In den Rechnungsausschluß wurden Jurtz-Brandenburg, Geride-Charlottenburg und Reimide-Expanbau gewählt.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Dresden hatte beantragt, die Generalversammlung möge die Anstellung eines Geschäftsführers beschließen, welcher lediglich die Geschäfte des Bundes zu besorgen hätte. Zu diesem Antrage bemerkte der Vorstehende, derselbe würde am besten dem Arbeitsausschuss überwiesen werden. Kirsten-Dresden befürwortete den Antrag und übte an der bisherigen Geschäftsführung des Vorstandes längere Kritik. Der Vorstehende erklärte die Behauptung, daß Verschleppungen vorgekommen seien, als unzutreffend. Auch sollte man nicht in der Deffektivität derartige Vorwürfe erheben; es sei eben auch die finanzielle Seite ins Auge zu fassen. Wenn wir die Mittel hätten, die wir haben sollten, dann könnte dem Antrage entsprochen werden. Der Arbeitsausschuss soll erst sehen, wie wir

solche beschaffen; das Geld ist bei uns das wenigste. (Große Heiterkeit.) Ja, ja, so ist es! Wollen Sie, daß wir wieder 20 J pro 1000 Lohnmark einführen, so sind wir in einem Vierteljahr die Hälfte unserer Mitglieder los. Medner bittet, da ein ganzes Schick von Vorkurieren gekommen, eine Kommission einzusetzen, um zu konstatieren, inwiefern dieselben berechtigt seien. Habersbrunner sei einmal ange stellt gewesen und auf Verlangen der Mitglieder wieder entlassen worden. Zu einem derartigen Geschäftsführer seien mindestens M 10 000 nötig, M 6000 Gehalt und M 4000 für seine Reisen. Hepp-Frankfurt brachte eine Resolution ein, in welcher dem Vorstehenden alles Vertrauen ausgesprochen wurde; dieselbe wurde jedoch auf Wunsch des Vorstehenden zurückgezogen. Der Dresdener Antrag wurde jedann dem Ausschuss überwiesen. Ein weiterer Antrag des Berliner Verbandes wurde angenommen, nach dem die Generalversammlung den Vorstand mit der alljährlichen Ausgabe eines Jahresberichts beauftragen und der Vorstand gehalten sein soll, eine vergleichende Zusammenstellung der im Baugewerbe geltenden Tarifverträge auszuarbeiten.

Hierauf gelangte ein Antrag der Arbeitgeberverbände der Provinz Brandenburg und des Arbeitgeberverbandes in Stuttgart betreffs Herbeiführung einer Aussprache über die Wirkung und den Wert von Tarifverträgen zur Beratung. Hierzu erhält zunächst Lillie-Potsdam das Wort. Er betonte, daß im Arbeitgeberbund 30 Verbände für und 23 Verbände gegen Tarifverträge sich aus sprachen. Die Verträge hätten nur einen Wert in Großstädten, empfehlen sich aber nicht für kleinere Orte; zudem habe nicht der Arbeitgeber, sondern der Arbeitnehmer Vorteil davon; sie werden auch nicht geeignet sein, auf die Dauer friedliche Verhältnisse herbeizuführen. Allerorten rüsten sich die Arbeiter, mit neuen Forderungen aufzutreten.

Sieff-Magdeburg bemerkte, daß heute ein abschließendes Urteil noch nicht gegeben werden könne, man möge zunächst den Verlauf mehrerer Jahre abwarten.

Barth-Stuttgart: Wenn man gezwungen werde, Tarifverträge abzuschließen, dann halte er langfristige für vorzuziehen und empfehle einen Abschluß auf höchstens zwei bis drei Jahre.

Wuch-Stuttgart: Er wünsche, daß Tarifverträge allgemein an allen Orten eingeführt werden. Die Abfassung derselben sollte dem Arbeitgeberbund übertragen werden.

Koal-Dresden wünschte, daß die von den einzelnen Verbänden mit den Arbeitern abgeschlossenen Vereinbarungen seitens des Bundes kritisiert werden, damit künftige Fehler vermieden werden. Der Tarifvertrag mit der gewerkschaftlichen Organisation habe sich bis jetzt bewährt. Bedenklich sei, daß von den nichtorganisierten Arbeitgebern seitens der Arbeiter höhere Löhne gefordert werden, die dann voraussetzlich bei Erneuerung des Tarifvertrages dazu benutzt werden, eine Erhöhung des Lohnes durchzusetzen. Wenn man in einen Streik oder eine Aussperrung verwickelt wird, so soll man, wenn irgend möglich, die Arbeit ruhen lassen und lieber keine fremden Arbeiter heranziehen.

Soyer-Berlin bemerkte, daß dem Bund 540 Baugeschäfte angehören aber ebensoviel stehen noch außerhalb. Es sei eben sehr schwer, alle unter einen Hut zu bringen; um so mehr müsse es den einzelnen Verbänden überlassen bleiben, in welcher Art sie Tarifverträge abschließen. Jedensfalls aber tragen solche Verträge dazu bei, daß stabilere Verhältnisse eintreten, die eine Kalkulation ermöglichen. Daß die im Zentralverband organisierten Maurer eine einseitige Ausbeutung der Tarifverträge planen, sei nicht nachgewiesen. Im übrigen sei er nicht in der Lage, die organisierten Bauhandwerker als Gegner zu bezeichnen, wie dies auch heute vielfach geschehen sei, denn eben diese Arbeiter seien schließlich doch diejenigen, mit denen zusammen gearbeitet werde.

Veymann-Bremen berichtet, daß die Tarifverträge in Bremen den Neunhunderttag gebracht haben, so daß also von günstigen Erfahrungen nicht geredet werden könne. Er rät seinen Kollegen, bei Vertragsabschlüssen darauf zu achten, daß der Beginn und das Ende der Vertragsfrist nicht in die Bauzeit falle, wo alle Unternehmer mit Aufträgen überhäuft seien und daher die Arbeiter die günstigsten Chancen haben, ihre Forderungen durchzudrücken, während zur Winterszeit die Unternehmer profitieren.

Der Referent Lillie-Potsdam beantragte, zum Zwecke einer erspöndlichen Behandlung dieses Gegenstandes eine dreigliedrige Kommission einzusetzen. Dieser Antrag fand indes keine Annahme, dagegen wurde der Arbeitsausschuss beauftragt, der Sache näherzutreten und das Resultat den Bundesmitgliedern mitzuteilen.

Es wurde jedann der Beschluß gefaßt, daß die Veröffentlichungen des Bundes in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, in der „Württ. Bauztg.“ und in der „Mitteldeutschen Bauztg.“ erfolgen sollen. Der nächste Verbandstag soll in Magdeburg stattfinden.

Zu seinem Schlusswort betonte der Bundesvorstehende, Felsich, daß diese Generalversammlung gezeigt habe, daß es dem Baugewerbe ernstlich darum zu tun sei, eine Organisation zu schaffen, die sie in den Stand setze, ihre Interessen nach jeder Richtung zu wahren. Dazu aber gehöre vor allem einheitliches Handeln, Erziehung des Bundes, dann werde der Arbeitgeberbund sein Ziel erreichen.

### Sozialpolitisches.

Ueber den Arbeitsmarkt im Oktober schreibt das „Reichs-Arbeitsblatt“ in seiner Nr. 8:

„Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im Monat Oktober im wesentlichen auf der Höhe des Monats September halten können, wenn auch in einigen Branchen ein Rückgang der Beschäftigung eintrat und in einzelnen Gewerben sich bereits das Naben der winterlichen Jahreszeit geltend machte. Insbesondere wirkte das milde Wetter im Oktober günstig auf die Bautätigkeit ein. Der Kohlenbergbau war ebenso wie in den Vormonaten sehr gut beschäftigt, die Metall- und Maschinenindustrie war, abgesehen von der Hoheisenherstellung, in welcher ein Nachlassen der Beschäftigung sich geltend machte, im allgemeinen genügend mit Aufträgen versehen, und die Textilindustrie hatte, von einzelnen Branchen abgesehen, durchweg zufriedenstellend zu tun. Ebenso lagen günstige Verhältnisse in der chemischen und elektrischen Industrie vor, während eine Anzahl weiterer Industrien bereits durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Anregung erhielt. Eine Er-schwerung bedeutete das milde Wetter vor allem für die

Konfektionsindustrie, da sich hier der Winterbedarf der Konsumenten verzögerte. Waren auch in einzelnen Berufen (Bäder, Klebner, Bildhauer, Konfektionsarbeiter) im Oktober ungünstige Verhältnisse vorhanden, so darf doch das Gesamtbild des deutschen Arbeitsmarktes im Oktober in Anbetracht der vorgerückten Jahreszeit als verhältnismäßig befriedigend wohl bezeichnet werden, wenn es auch nicht mehr so günstig war wie im Monat September.“

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein Berufskongress der Maschinisten und Heizer Deutschlands findet in Halle a. d. S. am 2. und 3. April 1904 statt. Aus der uns zugegangenen Tagesordnung entnehmen wir, daß wohl kein Beruf so unter den allgemeinen Forderungen zu leiden hat, in der Länge der Arbeitszeit in den stationären Betrieben sowie der Binnenschifffahrt und einer tatsächlichen 24stündigen ununterbrochenen Arbeitszeit bei Schichtwechsel usw., als die Maschinisten und Heizer.

Bedenkt man, daß dieser Beruf unter einem verwerflichen Spezialgesetz steht und wie leicht durch die zu lange Arbeitszeit, Unkenntnis und Unachtsamkeit, Leben und Gesundheit des Publikums bei einer eintretenden Katastrophe gefährdet werden können, und daß die Maschinisten und Heizer ein eigentlich handwerksmäßig gelernter Beruf nicht sind, so ist das Streben dieses Berufes, welcher sich gediegene technische Fachkenntnisse aneignen muß, seine äußerst prekäre Lage mit Hilfe der Gesetzgebung zu verbessern, wohl begreiflich.

Der Kongress wird vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Berlin SO, einberufen, und sind alle Maschinisten und Heizer in ganz Deutschland berechtigt, sich durch Delegierte dort vertreten zu lassen.

Die Vereinigung der Maler, Lackierer etc. hat sich auch auf ihrer letzten Generalversammlung, die im Frühjahr dieses Jahres in Berlin stattfand, mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt, nachdem diese Frage schon seit einigen Jahren Gegenstand der Erörterung gebildet hat. Der Vorstand wurde beauftragt, den Mitgliedern einen geeigneten Vorschlag zur Abstimmung zu unterbreiten. Diesem Auftrage ist er jetzt nachgekommen.

Er ist davon ausgegangen, daß auf Grund statistischer Erhebungen, welche die Organisation vornahm, durchschnittlich 75 pKt. der Mitglieder arbeitslos sind und der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit pro Kopf der Arbeitslosen 40,4 Tage im Jahre beträgt. Infolge dieser außerordentlich ungunstigen Verhältnisse kann, wenn die Beiträge nicht bedeutend erhöht werden, die Unterstützung der Arbeitslosen nicht sehr erheblich sein. Der Vorstand rechnet mit einer Beitragserhöhung von wöchentlich zehn Pfennig. Er macht auf dieser Grundlage zwei Vorschläge über Höhe und Dauer der Unterstützung. Nach beiden Vorschlägen soll die Unterstützung zuerst nach einer Karenzzeit von zwei Jahren gezahlt werden. Der erste Vorschlag sieht einen Unterstützungsatz von 80 J pro Tag vor, der nach zweijähriger Mitgliedschaft für 15 Tage, nach drei Jahren für 23 Tage, nach vier Jahren für 30 Tage und nach fünf Jahren für 37 Tage im Jahre gewährt werden soll. Der zweite Vorschlag rechnet mit einem Unterstützungsatz von M 1 pro Tag. Derselbe soll nach zweijähriger Mitgliedschaft für 12 Tage, nach drei Jahren für 18 Tage, nach vier Jahren für 24 Tage, nach fünf Jahren für 30 Tage im Jahre gezahlt werden. Diese Vorschläge werden gegenwärtig in den Mitgliedskassen der Vereinigung der Maler usw. diskutiert. Die Abstimmung soll am 13. Dezember stattfinden. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll als beschlossene, wenn sich wenigstens zwei Drittel der Mitglieder an der Abstimmung beteiligen, und von diesen eine Zweidrittelmehrheit für die Einführung sich entscheidet. Sollte sich keine Zweidrittelmehrheit finden, so gilt der Entwurf auch als angenommen, wenn mehr als die Hälfte aller Mitglieder dafür stimmen. Im Falle der Annahme soll die Arbeitslosenunterstützung vom 1. März 1904 ab als eingeführt gelten.

### Literarisches.

„Der Teufel in der Wahlurne“. In einem Aufzuge von Ernst Prezzang. Ein neues sozialistisches Theaterstück, das soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist. So wie die früheren von demselben Verlage herausgegebenen Theaterstücke, zeichnet sich auch dieses aus durch die einfache, lebenswarme Darstellung und die leichte Aufführbarkeit, die es besonders geeignet machen zur Auf-führung bei Arbeiterfesten und auf Arbeiterbühnen. In dem neuen Stück hat der Verfasser auf dem ersten Hintergrunde einer Reichstagswahlhandlung eine Reihe köstlicher Bilder voll launigen Humors gezeichnet. Der Großgrundbesitzer und konservative Kandidat und sein Inspektor, die die Arbeiter mit Schnaps und Zigarren, „aber nicht zu teuer“, traktieren, um sie zu veranlassen konservativ zu wählen; der Schulmeister, dem die Erkenntnis vor dem Elend des Volksschulwesens den sozialdemokratischen Stimmzettel in die Hand drückt, sind dem wirklichen Leben entnommene Gestalten.

Vereine, die das Stück aufführen, werden ihren Anschauern einen heiteren Abend bereiten. Der Einzelpreis ist M 1. Das Recht der Aufführung ist an die Abnahme von 13 Rollenexemplaren zum Preise von M 6,50 gebunden.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dick Verlag), ist soeben das 9. Heft des 22. Jahrganges erschienen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der von der Parveibuchhandlung Vorwärts herausgegebenen illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ liegen nun die Hefte 46 und 47 vor, in denen die Fortsetzung der mit dem 1. Juli begonnenen spannenden Romane „Die Regulatoren in Arkanas“ von Fr. Gerstäder und

„Mamuntajo“ von P. Loti und die Fortsetzung der Sammlung „Aus dem Leben der Enterbten“ enthalten sind. Die wöchentlich erscheinenden Hefte zu 10 S bilden eine ebenso preiswerte wie geeignete Unterhaltungsschrift, deren Bestreben darauf gerichtet ist, die Schundromane aus den Arbeiterkreisen zu verdrängen. Wir können unseren Lesern das Abonnement empfehlen. Abonnenten können noch jetzt beitreten und die seit dem 1. Juli erschienenen Hefte nachbezahlen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist uns soeben die Nr. 25 des 13. Jahrganges zugegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S, durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1903 unter Nr. 3189) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 S, unter Kreuzband 85 S.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 25. Nummer seines 20. Jahrganges erscheinen lassen. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 S.



### Gottfried Semper, der Bahnbrecher deutscher Baukunst.

Zum hundertsten Geburtstag am 29. November.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Sempers Werk wurde nicht kampflös errungen. Ein der ersten Worte des Meisters lautete: „Nur einen Herrn kennt die Kunst: das Bedürfnis! Sie artet aus, wo sie der Laune des Künstlers, mehr noch, wo sie der mächtigen Kunstbesitzern gehorcht.“ Das Wort hat heute wieder ein besonderes Recht, ausgesprochen und scharf betont zu werden. Für Semper war die Ueberzeugung, daß die sozialen Zustände der Gesellschaft den Stil bestimmen, ein Ansporn, nicht nur Kunstschaffler, sondern auch Kämpfer für die Kunst zu sein. Sein Wohnsitz und Werkplatz Dresden brauchte freilich solche Kämpfer, und Semper gehörte natürlich zu denen, die in das sentimental-romantische Leben der Dresdener Gesellschaft frische Luft brachten.

Ueberhaupt Vergangenheit, entsetzlicher Jopf herrschte überall, und Friedrich Recht, ein Mittelebender, meinte dröhnend in einer Rückschau: „Diesem Haufen von Ruinen tat freilich ein Architekt zum Aufstehen, diesen romantischen Kröpfchen ein echter klassischer Storch rot.“ Der Umschwung bellte sich in den vierziger Jahren. Wenige Jahre genühten in der Tat, das Bild des geistigen Lebens der Elbstadt völlig zu verändern. Das Gewinsel bedeutungsloser, fader Talente verschwand, und Kraft, starkes Wollen, Zielsicherheit trieb die Herrschaft an sich. Die Revolution war in den Köpfen fertig und brauchte bloß in die Straßen herabzurollen,“ jähre Recht. Die Namen Richard Wagner, Alfred Meißner, die Schröder-Deorient, Ilfo Horn, Verthold Auerbach, Julius Fröbel, Eduard Deorient, der Philolog Köchlin, die Bildhauer Gabriel, Hierchel, der Maler Schnorr bezeichnen die Generation die lebt am Ruder war. Die Herwegh, Krug, Geibel, Gutzkow, Hoffmann v. Fallersleben, Rauch, Schmidt, lauter neue Köpfe, waren gefeierte Gäste dieser Kreise, in denen sich die verschiedenartigsten gesinnten Elemente in ihrer heftigen Gegenseitigkeit gegen das herrschende reaktionäre System zusammenfanden. Polen, Rußen und Ungarn, echte Versuchorelemente jener Epoche europäischer Geschichte, färbten das Bild des Vorabends der Revolution. Und dann folg eben die Wände auf: „Von all dieser durch Genie wie Schönheit glänzenden Versammlung war ein Jahr später fast niemand mehr in Dresden; alle tot, verbannt, geflohen, weggezogen — ein Schicksalswechsel ohne gleichen, wie ihn nur Revolutionen herbeiführen vermögen.“

Die Märzstürme gingen vorüber. Die Reaktion, überall in den deutschen Zentren, in Wien, Berlin, München, Dresden miedergeworfen oder zurückgedrängt, erholte sich allgemach. Wien fiel, Robert Blum wurde erschossen — das blutige Signal war gegeben, die Kontre-Revolution offen gegen die Revolution loszulassen. Das Kaiserprojekt scheiterte unter Verhöhnung des Volkes. Jetzt galt es, einen letzten Versuch zu wagen, die Märzerrungenschaften sicher zu stellen: mit den Waffen in der Hand wollte die Demokratie die im Frankfurter Parlament in langer, allzu lange währende Gemächlichkeit erarbeitete Reichsverfassung durchsetzen. In Dresden brach der Aufstand los. Die demokratischen Führer bildeten eine provisorische Regierung, und sie hätten gern ihren täglichen Klubgenossen Semper als Mitglied gewünscht. Er lehnte indessen ab. Offen erklärte er, daß er als Staatsdiener, der dem König den Eid geschworen, sich daran nicht beteiligen könne. Aber er tat als Gemeiner in der Scharfschützenkompanie der Kommunalgarde, zu der er schon immer gehört hatte, seinen Dienst weiter. Und nun zwang die Macht der Ereignisse seine Strupel nieder. Recht mag erzählen:

Der Varriladenkampf hatte begonnen. Die anfänglich zur Bezeichnung der Hauptwache verwendete Kompanie, in der Semper stand, wurde bald an die Hauptbarrikade, am Ende der Wildstruffer Gasse, abkommandiert. Dem Architekten entsag nicht lange die Unzweckmäßigkeit der Anlage und die geringe Widerstandskraft der überall aufsteigenden Schutzbauten. Mit steigendem Unmut erfüllte ihn der Anblick. Daß man etwas so einfältig anfangen könne, wenn man schon einmal revolutionären Wollen, war ihm auf die Länge vollkommen unerträglich. Da ihm der Unwille keine Ruhe mehr ließ, so eilte er aufs Stadthaus zu den in der provisorischen Regierung veranmählten Freunden und langelte sie ob ihrer schlechten Organisation der Verteidigungswerke tüchtig herunter. Natürlich hieß es sofort: „Mach's besser, wenn Du kannst!“ — „Ja, das kann ich allerdings!“ schrie der gereizte Künstler, „ich würde mich schämen, solch schlechte Arbeit zu machen!“ und rannte auf seinen Posten an der Wildstruffer Barrikade zurück. Mit Jubel empfing man ihn hier. Sofort ließ er Planenwerke errichten und ordnete eine so zweckmäßige und feste Verstärkung der Barrikade an, daß sie sogar dem Geschüßfeuer widerstehen konnte, und man in ganz Deutschland von dem furchtbaren Bauwerk sprach. . .

Als das Traverspiel des Kampfes begann, als die von Richard Wagner geleiteten Sturmglocken ihr manchen bis zum Wahnsinn reizendes Geheul erschallen ließen, und selbst Frauen (wie die Schröder-Deorient) das Volk zum Kampfe antrieben, konnte da Semper noch zurück? Die Uneinnehmbarkeit seines Vollerwerbes, das mittels Durchbrechens der Häuser umgangen werden mußte und zu allererst in die Hände der Truppen fiel, zeigte sich allerdings. Er selbst hatte drei Tage lang an seiner Verteidigung als gemeiner Scharfschütze teilgenommen und war alsdann zur Errichtung einer neuen, die den Rückzug deden sollte, an die Waisenhausgasse abberufen worden. Hier hielt er als Kommandant bis zum letzten Augenblick aus und wich erst, als die blutbedeckte Stadt schon fast ganz in der Gewalt der Sieger war.

Seine Familie hatte er schon Tags zuvor nach Pirna geschickt, um ihn dort zu erwarten. Semper erreichte eben noch den böhmischen Bahnhof, als der letzte Zug abgeht, dann besetzt ihn das Militär und die Halle ist zugemacht. Glücklicherweise gelangt er nach Pirna. Die fünfjährige unaufhörliche Aufregung hatte den kräftigen Mann indes so fürchterlich ermüdet, daß er, in Pirna angekommen, auf einem Stein am Bahnhof fest einschlief und unsehbar den Verfolgern in die Hände gefallen wäre, hätte ihn nicht zum Glück noch rechtzeitig seine Familie schlafend aufgefunden und mit nicht geringer Anstrengung endlich erweckt.

Von Gefahr zu Gefahr geht Sempers Weg durchs Erzgebirge, nach Zwickau, durch Franken, dann nach Baden, dem aufständischen Müllertal. In Karlsruhe erwartete er Geld. Es charakterisiert die kühne Zuversicht des Mannes, der ein Flüchtling war und Stellung, Zukunft, Vaterland, kurz alles verloren hatte, daß er, als das Geld nicht gleich kommt, Lust und Seelenruhe genug findet, zu einem Ausflug nach Freiburg, um daselbst die dortigen Bauten, vor allem den Dom, zu studieren. Ueber Strassburg gelangt er nach Foris und hat schon das Fahrblatt nach Amerika in der Tasche, als ihn ein Ruf nach London trifft. Recht schlecht diese bemerkenswerte Episode aus dem Leben des prächtigen Mannes mit dem Vermerk: Seine gefährliche Leidenschaft für Fortifikationsbau büßte er mit fünfzehnjährigem Exil.

Es ist wahr: Meiern hat ihn das Exil gedrückt. Es hat ihn herausgerissen aus einer künstlerischen Tätigkeit, die seiner Kraft die Aufgaben stellte, die ihr Ausleben und Ausgeben in großen Dimensionen ermöglichten. Es warf ihn in eine Riesenstadt, aber die Riesenstadt forderte keine monumentalen Leistungen von ihm. Ueberall boykottierten die Städte und Höfe Europas den Dresdener Varriladenbauer. Und doch erstreckte er nicht: die Kraft brach sich einfach in anderer Richtung Bahn und wirkte auch im Kleinen genial und aus dem Kleinen ins Große hinüber. Er beteiligte sich an den Arbeiten, die sich die Regeneration der englischen Kunstindustrie nach ihrer Niederlage auf der Londoner Weltausstellung von 1851 zum Ziele nahmen. In seinen Schriften finden sich wertvolle Abhandlungen über textile, keramische, metalloteknische Kunstfragen, forderte Fachmänner für die Kunsthandwerker — meist sind diese Arbeiten in London geschrieben. Das beschriebene Kensington-Museum, von dem ein ganz neues Leben der englischen Kunstindustrie ausging, wurde im wesentlichen nach Sempers Vorschlägen eingerichtet, und eine Zeitlang wirkte Semper selbst als Lehrer an dieser Anstalt. Und in England legte er auch den Grund zu seinem bedeutendsten, zu dem bis in die Gegenwart herüberwirkenden Werke: „Der Stil in den technischen und tektonischen Künsten“, — das Werk, das von der Begriffsbestimmung ausging, daß unter Stil die „Uebereinstimmung einer Kunsterscheinung mit ihrer Entstehungsgeschichte, mit allen Vorbedingungen und Umständen ihres Werdens“ verstanden werden müsse, ein wahrhaft epochenmachendes Werk.

Schon 1853 holte den Meister ein Ruf aus Züricher Volkstechnikum. Das Schweizer Land hat von Sempers Kraft Segen empfangen. Im Bau des Züricher Polytechnikums selber gipfelte, was diese Kraft der Schweiz künstlerisch gab. Die Größe und Kühnheit und organische Geschlossenheit seines Schaffens atmete auch das Projekt eines Theaters für Rio de Janeiro, ferner der Entwurf des Festspielhauses für Richard Wagners Nibelungen in München, ein Plan, den damals die Dunkelmänner Münchens nicht zur Ausführung kommen ließen, der aber, wie soeben Sempers Sohn Manfred feststellt, heute nach mehr als dreißig Jahren in Form des neuen Prinz-Regenten-Theaters in München seine Auferstehung aus der Gruft der Münchener Archive feiert. Und weiter gingen von Zürich aus: der Plan zu dem neuen Dresdener Hoftheater — der alte Semperische Bau war 1869 abgebrannt und nach einem heftigen reaktionären Sperren mußte der Neubau dennoch Semper übertragen werden — und endlich die großartigen Pläne, mit denen der unermüdlische, nun ergraute Mann sich an den großen Hoftheater- und Hofmusikschulbauten in Wien seit 1869 beteiligte. In diesen Werken konnte er endlich geben, was die finanziell an kleine Möglichkeiten gebundene Schweiz ihm nicht zu geben vermochte. Aus der Züricher Enge, die seinem für ungehemmtes Betreiben geschaffenen Leben drückend genug wurde, konnte er endlich wieder in die freie Bahn großer Aufgaben gelangen. 1871 siedelte er nach Wien über. Der Baron v. Hafnauer, der Mitarbeiter, den er aus eigenem Antriebe mit gleichen Rechten neben sich stellte, sorgte freilich dafür, daß die Jahre neuer, großer Arbeit von Mißhelligkeiten ärgerlicher Art, die sich auf die Durchführung der Pläne Sempers bezogen, getrübt waren. Wiederholt entzog der Meister sich der Wiener Sphäre durch Reisen nach Italien. Am 15. Mai 1879 starb er auf einer dieser Reisen in Rom. An der Pyramide des Cestius in der ewigen Stadt liegt er begraben.

Gottfried Semper war einer der Großen des neunzehnten Jahrhunderts. Er trug Herrliches vom Geiste der klassischen Periode Deutschlands tief in die Jahrzehnte hinein und schlug, beherrscht von dem Gedanken, daß es keinen Stillstand gibt in der Entwicklung menschlicher Kultur, die Brücke, die seine hohe Kunst auf den Boden unserer Gegenwart leitet. Die durchschlagende Bedeutung seiner Baukunst liegt darin, daß Semper es verstand, „auf Grund der haultigen Aufgabe und aus dem Wesen derselben nach Zweckmäßigkeit und Schönheit Bauten zu gestalten als lebendige Organismen, die im ganzen und im einzelnen ihre Bestimmung mit physiognomischer Schärfe auszusprechen, die nicht die Spur der Willkür, sondern den Stempel der inneren Notwendigkeit und selbstgewollten Beschränkung, darum aber der künstlerischen Freiheit tragen.“ Vor einem halben Jahr-

hundert stellte Semper bereits Forderungen, an deren praktische Durchführung er ging, Forderungen, die wir jetzt gewohnt haben als Errungenschaften der unmittelbaren Gegenwart zu betrachten. Vor drei Vierteljahrhunderten führte er jenen Stok gegen den Glauben an die Jachlosigkeit antiker Plastik. Sich selbst erschloß er damit ein Mittel, die Werke seiner Kunst wunderbar zu beleben, aber wichtiger war der prinzipielle Wert seines Angriffs: die Durchbrechung eines kunsthemmenden, kunsttötenden Zwanges, der noch immer nicht endgültig ausgerottet ist, sondern jäh und durchaus nicht nur in dunklen Winkeln fortexistiert. Unsere jüngere Generation hat Siege der Farbe und Siege der Form erlebt. Ihre Architektur schreitet über Sempers Anlehnungsprinzip hinaus zu absoluter, freier Selbständigkeit, die nur die anders gearteten Aufgaben und Anschauungen unserer Gegenwart, die in der Geschichte ein gänzlich Neues bedeutet, sieht. Wir haben heute kunstgewerbliche Ziele und Ziele künstlerischer Volkserziehung, die zahllose Kräfte in Bewegung setzen. Leben, Formen und Farben sehen wir mit neuen Augen. Ueberall aber erscheint auf der Schwelle zu uns herauf Gottfried Sempers vorschaffende Gestalt.

In dem berühmten Vortrage, den Semper 1869 in Zürich über Baustile hielt, lautete der Schluß: „Man ist gegen uns Architekten mit dem Vorwurfe der Armut an Erfindung zu hart, da sich nirgends eine neue weltgeschichtliche, mit Kraft und Bewußten verfolgte Idee kundgibt. Wir sind überzeugt, daß sich jenen dieser oder jener unter unseren jüngeren Kollegen befähigt zeigen würde, einer solchen Idee, wo sie sich wirklich Bahn bräche, das geeignete architektonische Kleid zu verleihen. Bis es dahin kommt, muß man sich, so gut es gehen will, in das Alte hineinschneiden.“ Das sind Worte, die am Schluß dieser Gedächtnisreden stehen mögen, denn sie verraten den zukunftsgläubigen Bahnbrecher, der Semper gewesen ist.

Er war ein Baumeister der Kultur — das ist die Wahrheit, die ihm den Ruhm der Zeiten sichert.  
Fr. D.



### Briefkasten der Redaktion.

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei.  
\* An die Zahlstellenverträge. Der „Versammlungs-Anzeiger“ für das Jahr 1904 muß noch vor Abschluß des laufenden Jahres zusammengestellt werden. Wir ersuchen daher, etwa eingetretene Aenderungen sofort an uns mitzuteilen.  
\* Die Berichte aus den Zahlstellen Chemnitz, Darmstadt, Düsseldorf, Hirschberg, Hörde, Langen, Ludwigshafen, Nürnberg, Quedlinburg, Rheingoldheim und Rosenheim mußten wegen Raum Mangels zurückgestellt werden.

### Versammlungsanzeiger.

- Ahrensdorf. Sonntag, den 13. Dezember.
- Ausbach. Samstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr.
- Arheilgen. Dienstag, den 8. Dezember.
- Berga a. R. Sonntag, den 13. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, in der Herberge.
- Bleibitz. Mittwoch, den 9. Dezember, im Verbandslokal „Zum Kaiser Adolf“.
- Braunschw. Dienstag, den 8. Dezember, in der Zentralherberge, Werderstr. 32.
- Bromberg. Dienstag, den 8. Dezember, Abends 6 Uhr.
- Büschhofsh. Montag, den 7. Dezember.
- Deuten. Jeden Sonnabend, Abends von 7 Uhr ab, und Sonntags Vormittags von 11 Uhr ab, Beitragshebung im „Hamburger Hof“.
- Druschal. Sonntag, den 13. Dezember, Abends 6½ Uhr, im „Gasthaus zum Einhorn“.
- Darmstadt. Montag, den 7. Dezember, Abends 6 Uhr, in Cramers Bierhallen, Dieburgerstraße.
- Durlach. Sonntag, den 13. Dezember, im „Gasthaus zum Schwan“.
- Eintr. Sonnabend, den 12. Dezember, Abends 6½ Uhr.
- Elrich. Sonntag, den 13. Dezember.
- Elmhorn. Sonntag, den 13. Dezember.
- Erlangen. Sonntag, den 13. Dezember, Nachmittags 8 Uhr.
- Forst. Dienstag, den 8. Dezember, Abends 6½ Uhr, im Vereinslokal, bei Kara.
- Frankenberg. Sonntag, den 6. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im „Stadtpark“.
- Frankfurt a. M. Mittwoch, den 9. Dezember, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Stolzestr. 13, 1. Et.
- Freiberg. Mittwoch, den 9. Dezember, Zahlabend in Hüblers Restaurant, Verberstraße 2.
- Gürlth. Sonntag, den 13. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Bid, Wasserstraße 13.
- Krausitz. Dienstag, den 8. Dezember, im „Deutschen Haus“, A. Walter.
- Kelsentkirchen. Sonnabend, den 12. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Lokal von Kampfs, Vereinsstr. 31.
- Goldberg i. M. Sonntag, den 13. Dezember, Nachmittags 4 Uhr.
- Göppingen. Sonnabend, den 12. Dezember, im „Weißen Hof“, Barbarossastr. 29.
- Görlitz. Mittwoch, den 9. Dezember, in „Stadt Hamburg“.
- Göttingen. Montag, den 7. Dezember, bei Wwe. Achille, Neustadt 29.
- Grasdorf. Sonntag, den 13. Dezember, im Verbandsbau 88, bei Wjoes.
- Grünberg i. Schl. Dienstag, den 8. Dezember, Abends 7 Uhr, bei Hamel, im „Goldenen Frieden“.
- Hagen. Sonnabend, den 12. Dezember, Abends 8½ Uhr, bei Wwe. Sachs, Rumpfenstraße 7.
- Halberstadt. Dienstag, den 8. Dezember, bei Vollmann, Baakenstr. 63.
- Halle. Sonnabend, den 12. Dezember, im Gasthause „Zu den drei Königen“, Al. Ulrichstraße 36.
- Hannover. Dienstag, den 8. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Restaurant, Neuestr. 27.

- Hirschberg.** Dienstag, den 8. Dezember, im „Goldenen Anker“, Schulstraße.
- Hohendobelen.** Sonnabend, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Eirtus.
- Holzhausen.** Sonntag, den 13. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Wwe. Hundertmark.
- Hohenverstedt.** Sonntag, den 13. Dezember.
- Karlruhe.** Sonntag, den 13. Dezember, Vormittags 10 Uhr, im „Auerhahn“, Schützenstr. 58.
- Kattowitz.** Jeden Sonnabend von 6 bis 10 Uhr Abends und Sonntag von 12 bis 2 Uhr Mittags Beitragszahlung und Aufnahme im Gewerkschaftshaus, Rathausstr. 6.
- Königsberg.** Montag, den 7. Dezember, Abends 6½ Uhr, in der „Phönixhalle“.
- Konstanz.** Sonntag, den 6. Dezember, Nachm. 2 Uhr, bei Zug.
- Krefeld.** Sonntag, den 13. Dezember, bei Dittmar.
- Landshut i. Bayern.** Sonntag, den 13. Dezember.
- Langendiebach.** Samstag, den 12. Dezember, beim Gastwirt Göbel.
- Langensalza.** Dienstag, den 8. Dezember, Abends.
- Lehmin.** Sonntag, den 13. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, beim Gastwirt Tege, Hauptstr. 63.
- Leipzig-Gohlis.** Sonnabend, den 12. Dezember, Abends im Restaurant „Zur Morgenröte“.
- Pleugitz.** Mittwoch, den 9. Dezember.
- Ludwigshafen.** Samstag, den 12. Dezember, Abends 6 Uhr, bei Reuch, Friesenheimerstr. 67.
- Lütgendortmund.** Samstag, den 12. Dezember, Abends 8½ Uhr, bei Wwe. Schünkel, Provinzialstr. 50.
- Lindau i. Bayern.** Samstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr.
- Magdeburg.** Dienstag, den 8. Dezember, bei Müller, Tischlerfrugstr. 22.
- Mainz.** Sonntag, den 13. Dezember, Morgens 10 Uhr.
- Mannheim.** Samstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, „Zum weißen Lamm“.
- Milheim a. Rh.** Sonntag, den 13. Dezember, Vormittags 11 Uhr, bei Meier, Deuserstr. 68.
- München-Gladbach.** Sonntag, den 13. Dezember, bei Ubach, Abeydterstraße.
- Nieder-Schönhäusen.** Sonntag, den 13. Dezember, Beitrags-entgegennahme in Sattelornis „Waldschlösschen“.
- Nordhausen.** Dienstag, den 8. Dezember, eine halbe Stunde nach Feierabend in „Stadt Berlin“, Schreiberstraße.
- Olfenstedt.** Sonntag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Dirschfeld.
- Pasewalk.** Sonntag, den 13. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, bei Herrn Schweiger.
- Peine.** Sonnabend, den 12. Dezember, bei F. Schumacher.
- Potsdam.** Dienstag, den 8. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Glaser, Kaiser Wilhelmstr. 88.
- Pyris.** Sonntag, den 6. Dezember, Nachm. 4 Uhr, bei Grefenz, Bahnerstr. 31.
- Queßlinburg.** Sonnabend, den 12. Dezember, im Restaurant „Vorwärts“.
- Rendsburg.** Dienstag, den 8. Dezember, Abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt“.
- Rigdorf.** Jeden Sonnabend, von 8 bis 10 Uhr Abends, bei Mercier, Steinmehlsstraße 55.
- Schleswig.** Dienstag, den 8. Dezember, bei Paussen, Domzettelhof 14.
- Schwerin.** Dienstag, den 8. Dezember, Abends 8 Uhr.
- Sommerfeld.** Dienstag, den 8. Dezember, im Gasthaus „Zur Krone“.
- Stolp.** Sonnabend, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, bei G. Möws, Mittelstraße 22.
- Stöckelsdorf.** Dienstag, den 8. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Vacian, Fackenburg.
- Wilhelmshaven.** Freitag, den 11. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereins- und Konzerthaus zur „Arche“ in Vant.
- Wismar.** Montag, den 7. Dezember, in der „Hansa“.
- Wittenberg.** Sonntag, den 13. Dezember, im Restaurant „Zur Einigkeit“.
- Zuffenhausen.** Samstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Haist, „Zum Kirchthal“.

# Technikum Strelitz (meckl.)

Die Vorträge in darstell. Geometrie, Mathematik, Statik usw. beginnen für den 2. Kurs des Wint.-Sem. am 5. Januar.

Eintritt zum zeichnerischen Unterricht jeden Tag.

## Achtung!

### Zahlstelle Hamburg u. Umgegend.

Laut Beschluß der am 29. November 1903 stattgefundenen Zahlstellenversammlung ist bezüglich der Extramarken für 1903 folgendes festgelegt:

1. Wer im Besitze der im Sommer beschlossenen Extramarken ist, erhält einen Verpflichtungstempel. Derselbe wird an den Abenden, an denen die Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung stattfindet, in den Bezirken verabsolgt.

2. Wer bis zum 31. Dezember d. J. seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, auch nicht um Stundung nachgesucht hat, wird im Jahresbericht als Schuldner veröffentlicht.

3. Wer auf Grund seiner wirtschaftlichen Verhältnisse von den Extramarken befreit sein will, wird ersucht, am Sonntag, den 6. bzw. 13. Dezember d. J., Vormittags von 10-12 Uhr, im Bureau, Alter Steinweg 25, 1. Et., zu erscheinen.

Die in Harburg wohnenden Kameraden sind gehalten, sich während der vorgenannten Zeit an den Kameraden Fr. Huber, Harburg, Eichendorferstr. 64, zu wenden. [M. 2,20] Der Vorstand.

### Zahlstelle Landsberg a. d. W.

Sonntag, den 6. Dezember, im Lokale von Rothenburg:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Regelung der Verwaltungskosten. 2. Vorhändewahl. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig. [M. 1] Der Vorstand.

### Zahlstelle Magdeburg.

Dienstag, den 8. Dezember, Abends 8 Uhr, in Müllers Lokal, Tischlerfrugstr. 22:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Einführung einer Sterbenerleichterung. (Eingereichter Antrag.) 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Die Mitgliedsbücher sind zwecks Abstempelung für den Versammlungsbesuch mitzubringen. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet [M. 1,30] Der Vorstand.

## Achtung! Zimmerer Rendsburgs u. Umgegend.

Am Dienstag, den 8. Dezember:

## Öffentliche Zimmerer-Versammlung

in der „Neuen Welt“.

Tagesordnung: 1. „Die Entwicklung unseres Zentralverbandes“. (Referent: Kamerad Schröder-Hamburg.) 2. Verschiedenes. [M. 1,20]

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

### Zahlstelle Schwiebus.

Montag, den 7. Dezember, Abends 7½ Uhr, im Lokale des Herrn Paul Pratsch:

## Öffentl. Zimmerer-Versammlung.

Tagesordnung: „Die Entwicklung des Verbandes und dessen Einwirkung auf die wirtschaftliche Lage im Zimmerergewerbe.“ (Referent: H. Küpper-Berlin.) [M. 1,10] Zahlreichen Besuch erwartet Der Einberufer.

Von der

# Geschichte

## der Deutschen Zimmererbewegung

ist der erste Band vorrätig. Derselbe ist in geschmackvollen Einband gefaßt und zum Preise von M. 3 durch den Zentralvorstand und alle Zahlstellenverbände unseres Verbandes zu beziehen.

Das Protokoll der Verhandlungen der 15. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und des zweiten Bauarbeiterkongresses sind zusammen broschürt zum Preise von 20 Pfennig ebenfalls durch den Zentralvorstand und alle Zahlstellenverbände unseres Verbandes zu beziehen. Der Versand erfolgt nach Eingang der Bestellung. Der Zentralvorstand.

## Zimmerer Deutschlands!

Isländer, prima, 2 R schwer, M. 6, Dresdener Zimmermannshofe à Paar M. 4,50, 5 Paar M. 20, acht schwarze Samthofe M. 10, prima Lederhofe, Sorte I M. 6,50, Sorte II (4 R schwer) M. 4,40, braune Manchester-Hofen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6, Sorte III M. 4,50, edle schwarze Sammetse (Perlmutterknöpfe) à Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21, versendet überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallenbes. nehme retour. Verlangen Sie Preisliste. Emil Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4. Versandhaus für Zimmerleute und Maurer.

## Achtung! Zahlstelle Lehmin. Achtung!

Sonntag, den 13. Dezember, Nachm. 2 Uhr, im Lokale des Herrn Taago:

## Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. [40 4] Der Vorstand.

# J. Blume & Co.,

Begr. 1842. Hamburg. Begr. 1842.

Als besonders preiswert empfehlen wir unsere überall bekannte englisch-leberne Hose

## „Herkules“

in allen Farben im Preise von M. 7 franko; ferner unsere schlicht schwarzen und braun gereiften

— Manchester-Hosen und Westen — in bekannter Güte.

## \* Isländer Jacken \*



Maurer-Jacken  
Hamb. Maurer-Blusen  
Arbeiter-Mittel  
Gestreifte u. weiße Hemden  
Hüte und Schmiegenstücke  
Muster und Preisliste gratis.

## Weihnachtsgeschenk für Zimmerer!

Selbst den tüchtigsten Postleren zu empfehlen sind die nach eigener vieljähriger Praxis deutlich erklärten und deshalb überall sehr anerkannten Werke:

### Wolfs

## Praktische Ausführung der Schiflung und Dachverbandhölzer

mit 406 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dächern, sowie 10 Kautscholzmobellen und verschiedene Modellfiguren. Großformat, geb. Preis M. 6,75.

### Wolfs

## Dachausmittlung und Dachkonstruktion

mit 341 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dachmodellen. Taschenformat, geb. Preis M. 3,50.

Beide Werke „Groß- und Taschenformat“ zusammen M. 9,25.

### Wolfs

## Praktische Ausführung der Treppen

mit 280 Figuren, einschließlich der aufstellbaren Wagens- u. Kautscholzmobelle einer gewundenen Treppe und einiger Wagnertropfsüße, nebst verschiedenen Modellfiguren. Großformat, geb. Preis M. 6.

## Wolfs Zimmerarbeitslohn,

Handbuch zur Ermittlung der Arbeitspreise mit Arbeitszeit und den Lohnsätzen von 20, 25, 30 bis 40 1/2 pro Stunde. Taschenformat, geb. Preis M. 3.

Beide Werke: „Ausführung der Treppen“ und „Zimmerarbeitslohn“ zus. Preis M. 8.

Bestellungen nimmt Gustav Wolf, Architekt, Leipzig-Schleußig, Deferstr. 18, selbst entgegen.

Nicht mit theoretischen Büchern zu vergleichen.

Achtung! In der Art von der Praxis.

## Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beige druckt. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich, unter der Adresse August Brinmann, Hamburg 22, Fehlfeldstr. 28, 1., einzulösen. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 1/2 per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken mehr, sondern bar Geld zu senden.)

### Nachruf.

Am 13. November verstarb infolge eines Straßenbahnunfalles unser Mitglied

## Hermann Tomas

im 49. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3,60] Die Zahlstelle Dresden.

### Nachruf.

Am 12. November verstarb unser treues Mitglied

## Peter B. Petersen

im 37. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3] Die Zahlstelle Westerland a. Sytt.

### Zahlstelle Frankenberg.

Sonntag, den 6. Dezember, Nachmittags 3 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im „Stadtpark“. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vertrauensmann. [70 4]

## Weltberühmte Hamburger Spezial-Artikel

Arbeitsgarderoben  
bester  
Fabrikate u  
Gegründet  
1868.  
Hamburger  
Special-  
Artikel  
mit der Wasserrwaage  
Eingetr. Schutzmarke

für  
Maurer u. Zimmerer.  
Feste  
Arbeitsgarderoben.  
Prima Isländer.  
Vers. franko g. Nach.  
Preisliste gratis.  
Louis Mosberg,  
Bielefeld,  
nur 44 Breitestr. 44,  
Pavenmarkt-Gde.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.